alhambra

selbstverwaltetes aktions und kommunikationszentrum

november 96

hermannstr. 83 26135 oldenburg tel.: 0441/ 14402 fax: 0441/ 2488660

Editorial

moin, moin

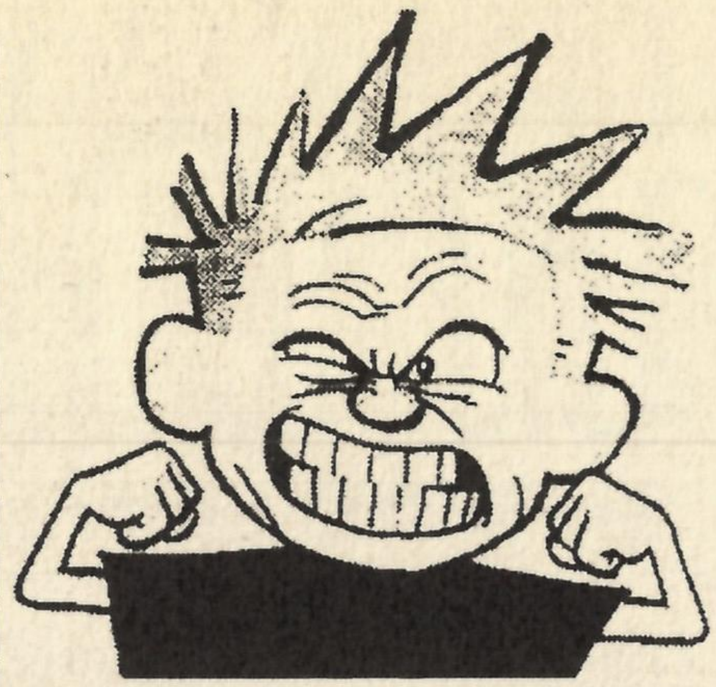
erfreuliche Nachrichten: Wir haben es geschafft, dieses Jahr wird kein Castor mehr nach Gorleben rollen. In diesem Heft findet ihr u.a. das Kommuniqué autonomer Gruppen "für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor ins Wendland".
Apropos Widerstand:
Am 2.November findet in Lübeck eine Demo zum Verfahren gegen Safwan Eid statt. Treffpunkt ist um 13 Uhr am Koberg.
Ermittlung gegen die Täter - nicht gegen die Opfer!
Erscheint zahlreich!

Zur Überraschung von uns allen erreichten uns wahre Fluten von LeserInnenbriefen zur Debatte C&V /Gruppe 42. Die schönsten haben wir für Euch abgedruckt. Viel Spaß damit. Wir freuen uns über weitere Zuschriften - auch zu anderen Themen.
In der neusten *Beute* findet sich ein Artikel zur jüngsten Geschichte der *Jungen Welt*, was für uns noch mal der Anlaß ist, für die dort dringend benötigten Abos zu werben.
Im Ordner im Infocafe findet sich ein Text über Staatsschutzaktivitäten in Aachen im Zusammenhang der Ermittlungen gegen die AIZ.
Die Red.

Die Alhambra - Zeitung wird unterstützt von:

AK „Kein Fußbreit den FaschistInnen", ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifa-Jugend-Front (AJF), Anti-Atom-Gruppe-Gruppe, Arbeitskreis Asyl, Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen, Café Quox, Crush Hour Concerts, Deutsche Kommunistische Partei Ol., „Dritte Welt"-Informationszentrum+Laden, Donna 45, Filmriß, Frauengruppe „Autonomes Fräuleinwunder", Freie ArbeiterInnen Union/ 1.A.A.OG Aurich, Initiative für offene Grenzen-gegen Abschiebung und Sondergesetze, Jazzclub Alluvium, Lateinamerika-Gruppe, Na-Und e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste Oldenburg, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Totalverweigerer Gruppe Oldenburg, Tierrechtsoffensive Ol. (T.O.O.), zweiundvierzig.

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.
V.i.S.d.P: K.Fischer



Anleitung zur Erhaltung der Schlagkraft

Viel Feind, viel Ehr!

Feinde
sind zu weit entfernt
und meistens
zu gut gesichert

Drum ernenne Freunde
zu Feinden
und schlag ihnen
die Fresse ein

Machst du sie dadurch
erfolgreich
zu Gegnern
so kannst du dich rühmen:

Ich war der erste
der aufstand
und losschlug
im Kampf gegen sie

Erich Fried

aus:
Die Beine der größeren Lügen/
Unter Nebenfeinden/ Gegengift
Drei Gedichtsammlungen Berlin 1989, Seite 42.

Inhalt

Autonomes Mädchenhaus	3
Diskussion zu Goldhagen	4
Hungerstreik Berlin	5
Hungerstreik baskischer Gefangener	6
Beiträge zu Gruppe 42	8
Abschiebung Bremen	12
Deutscher Militarismus	13
Einheitsfeier	14
Antifa aktuell	16
Castor	17
Kurdistan aktuell	21
Mexiko	22
Racism and Fascism	24
Prozeßinfos	26
Filmtage Oldenburg	29

An alle Gruppen die das Alhambra nutzen,

Seit mehreren Monate versuchen wir beim NutzerInnenplenum Gruppen zu finden, die sich bereit erklären, die Alhambra-Zeitung zusammenzulegen. Es gibt genügend Gruppen hier im Alhambra, die diese Arbeit übernehmen könnten, so daß jede Gruppe nur einmal im Jahr, eigentlich noch seltener, die Zeitung zusammenlegen müßte. Leider kommt kaum noch wer zum NutzerInnenplenum .

Wir sehen uns deshalb zur Aufforderung gezwungen, daß ihr euch in die Liste am Brett im Flur für einen bestimmten Monat eintragt. Wir sehen ein, daß Gruppen, die nur aus 2 bis 3 Leuten bestehen, diese Arbeit nicht alleine machen können - wenn sie möchten gerne - ist aber nicht notwendig; ansonsten sollte jede Gruppe sich eintragen.

Wir für uns werden unsere Konsequenzen aus dem Ein- oder Nichteintragen ziehen, was das für Folgen haben wird, wissen wir noch nicht. Daß es aber so wie jetzt nicht mehr weitergeht, sollte allen klar sein.

Wir hoffen aber, daß dies nicht notwendig sein wird, und daß wir bald eine volle Liste bis Ende 97 haben werden. Den Gruppen werden wir dann schriftlich Bescheid geben, wann die Zeitung gelegt werden soll. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit!

Die Zeitungsgruppe

Laßt uns feiern

5 Jahre Autonomes Mädchenhaus Oldenburg e.V.

am 2.11.96, ab 21.00 Uhr im Alhambra

argentinischer Tango
mit Marianne & Claudia
und Disco!

Kommt festlich
exclusiv für FrauenLesben!

alhambra grundsätzliches

Auch wenn es nur wenige wissen, das Alhambra ist so ziemlich einmalig.
Es ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B.Discos eingenommen.
Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten.
Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich (oft mit Streß und Nerverei verbunden) tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet.
Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können.
Jeden zweiten Freitag im Monat, vor „Die Disco", trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum".
Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc.
Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt:
Das "NutzerInnen-Plenum" ist der einzige Ort, an dem dies besprochen, und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Spendenkonto:

LzO BLZ: 280 501 00
Kto.Nr.: 000-430 397

„Die Deutschen konnten zum Massenmord nein sagen. Sie haben sich dazu entschlossen, ja zu sagen".

Goldhagens Thesen und die deutsche Reaktion

Der Reflex der vereinigten deutschen Öffentlichkeit auf das Buch „Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" von Daniel Jonah Goldhagen zeigt: Goldhagen hat ins Schwarze getroffen.

„Keine Deutschen, kein Holocaust", sagt Goldhagen und fordert, die vernebelnden Täter-Etikettierungen wie ‚Nazis' oder ‚SS-Männer' zu unterlassen: *„Der einzig angemessene allgemeine Begriff für diejenigen Deutschen, die den Holocaust vollstreckten, lautet ‚Deutsche'."* Goldhagen zeigt auf, *„daß die Täter die befohlenen und selbstgewählten Aufträge freiwillig, mit Begeisterung und Grausamkeit erledigten."* Seine Erklärung für diese Mordbereitschaft: *„Die ganz ‚normalen Deutschen' waren durch eine bestimmte Art des Antisemitismus motiviert, die sie zu dem Schluß kommen ließ, daß die Juden sterben sollten."*

Die anfänglichen Reaktionen: Das Buch sei eine „Aneinanderreihung von Anekdoten" (taz), „eine auf Empörung schielende Provokation"(FR), „rassistisch"(FAZ), „ignorant und bösartig"(Spiegel), kurz: „indiskutabel"(Wochenpost). Auch die traditionsmarxistische Linke in Deutschland fühlt sich provoziert. Reinhard Kühnl zufolge greife Goldhagen zu einem Erklärungsansatz, der „leider seine Nähe zum völkischen Nationalismus nicht verleugnen kann". Was bedeutet vor diesem Hintergrund der Run auf Goldhagens Buch und seine Veranstaltungen? Einen Monat nach Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe waren 80.000 Exemplare verkauft; FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher sprach nun von „einer Zäsur - auf ganz anderem Niveau als der Holocaust-Film".

Goldhagen ist ein bürgerlicher Wissenschaftler, der den Kapitalismus und das politische System der USA nicht hinterfragt und hinsichtlich der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik unkritisch die Normalisierungsthese vertritt. Dennoch: „Hitlers willige Vollstrecker" berührt „den Nerv des deutschen Selbstverständnisses" (Zeit) und damit auch einen Nerv des Selbstverständnisses der Linken in der BRD.

Unsere Veranstaltung soll drei Teile umfassen:
- Goldhagens Aussagen und ihre Relevanz für die Debatte in der Linken.
- Was die kollektive Abwehr von Goldhagens Buch über den Zustand dieses Landes besagt.
- Kritische Anmerkungen zu Goldhagens Methode und Antisemitismusbegriff.

Diskussionsveranstaltung
mit drei Referaten
im Minikum, Universität Oldenburg, Uhlhornsweg
Mittwoch, 6. 11. 1996, 18 – 22 Uhr

VeranstalterInnen:
8. mai-gruppe des antinationalen büros Hamburg
und gruppe zweiundvierzig (Oldenburg)

Bayer-Lyrik

„Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität", heißt es in einer lateiamerikanischen Werbung für das Insektengift *Baygon.* Auch ohne das Gedicht „Die Todesfuge" von Paul Celan mit dem Vers „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" zu kennen, werden Erinnerungen an Zyklon B und chemische Kampfstoffe wach - der deutsche Beitrag zur Perfektionierung des Massenmordes, an dem die Bayer-Mutter IG Farben maßgeblich beteiligt war -, auch wenn es sich bei „muerte subita" um die spanische Bezeichnung für das „golden goal" im Fußball handelt.

Das in Guatemala vertriebene *Baygon Insektenspray* enthält übrigens völlig andere Wirkstoffe als das deutsche - und zwar gefährliche: Zwei der drei Wirkstoffe werden von der WHO in die Klasse „mittel gefährlich" und ein Wirkstoff sogar in die Klasse „hochgefährlich" eingestuft.

Die *Coordination* gegen Bayer-Gefahren und das *Pestizid Aktions-Netzwerk* forden die Firma Bayer in einem offenen Brief auf, das lateinamerikanische Baygon Insektenspray unverzüglich vom Markt zu nehmen.

Bericht über den Solidaritäts-hungerstreik in Berlin

Am 9. September 96 haben die baskischen politischen Gefangenen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Sie streiken in einer Hunger-streikkette. Es wird eine lange, sehr harte Etappe des Kampfes werden. Die Streikerklärung richtet sich auch sehr scharf gegen die spanische Regierung. In sieben europäischen Städten waren in der Woche vom 16. 9.-21.9. 540 ihrer Angehörigen im Solidaritätshungerstreik.
In Berlin haben 100 Angehörige in Kreuzberg eine Kirche besetzt. Die meisten waren ganz jung, Kinder und Geschwister der Gefangenen. Bei einer Veranstaltung, die wir in der Kirche gemacht haben zur Situation und für die Freiheit der Gefangenen aus der RAF, waren sie erschrocken über die lange Haftdauer und auch, daß es so wenig Nähe zu den Gefangenen aus der RAF gibt. Am Schluß bekamen wir T-Shirts, der Aufdruck sind hunderte fingernagelgroße Bilder der baskischen Gefangenen in schwarzweiß und am Rand quer ein Kußmund. „Wir lieben die Gefangenen", sagen sie. Darum hat uns das sehr viel Freude gemacht, mit ihnen zusammenzusein und zu reden.
Christa Klar hatte im Namen der Mütter uns Grüße am Telefon übermittelt. Es mußte ja alles schnell gehen, und so konnten wir den Text noch für den Abend ins Baskische übersetzen, und dafür gab's viel Applaus.
Einen Abend gab es noch eine Veranstaltung mit einem kurdischen Freund und dem hiesigen Frauen-Solidaritätskomitee, auch konzentriert, lange, freundschaftlich.
Wir haben auf jeden Fall ein paar neue Freunde gewonnen. Die Medienresonanz war verhalten. ND, jW, taz und FR. Deren Kurzberichte erschienen erst zwei Tage nach ihrer Ankunft. Darauf kamen allerdings einige in die Kirche. Gut wären noch ein paar Tage drangehängt gewesen. Die Arbeit mit den Leuten aus der Benjamin Gruppe war gut.
In Genf gab es Kontakte mit Vertretem einiger Parteien und Menschenrechtsorganisationen. In Paris Festnahmen entsprechend dem Vorgehen gegen die afrikanischen Kirchenbesetzer und der engen spanisch-französischen Zusammenarbeit, genaueres müßte noch zusammengestellt werden.
Die Basken haben noch eine Kundgebung an der Gedächtniskirche gemacht, mit den Bildern ihrer Angehörigen, und sie haben ihre Lieder gesungen
presoak kalera - amnestia osoa.
Dort wurde auch das Grußwort von Rolf Heißler verteilt, über das sich die baskischen Angehörigen sehr gefreut haben.
Berlin, 29. 9.96

Es reicht!

Wir schreien raus, was wir in unserem Innersten fühlen:

Es reicht!

Hungerstreikerklärung des Kollektivs der baskischen politischen Gefangenen

Wir, das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen, wollen der baskischen Gesellschaft mitteilen, daß wir ab dem 9. September in eine neue Phase des Kampfes eintreten, den wir seit Januar führen. Dafür wird eine Gruppe von uns in den Hungerstreik gehen. Für die harten Folgen, die ab diesem Zeitpunkt eintreten können, sind die Staaten, die unser Volk unterdrücken, direkt verantwortlich; und mit ihnen all jene, die ohne Skrupel die Augen vor unserem Leiden verschließen oder mit unseren Unterdrückern zusammenarbeiten.

Es sind jetzt mehrere Monate vergangen, seitdem wir den Kampf für eine Verhandlungslösung begonnen haben, seitdem wir uns entschieden haben, so lange zu kämpfen, bis wir unsere grundlegenden Rechte durchgesetzt haben. Wir sind seitdem auf jede mögliche Weise angegriffen worden: Isolation, Prügel, Verlegungen, Entwürdigungen ... und weitere Versuche, die Gefangenen zu unterwerfen und das Kollektiv zu vernichten.

Sie haben aufs neue entschieden, den Weg der Bestrafung der Gefangenen und der Spaltung des Kollektivs einzuschlagen. So verstehen wir ihre Strategie der „Annäherung" (1). Diese Strategie ist eine Farce. Neben der Spaltung zielen sie darauf ab, der baskischen Gesellschaft gegenüber ihre Hände in Unschuld zu waschen. Sie glauben, so die Mobilisierung der Teile der Gesellschaft, die mit uns solidarisch sind, bremsen zu können und den gesellschaftlichen Druck, der auf den politisch Verantwortlichen liegt, zu verringrn.

Die „Annäherung" ist kein Zeichen guten Willens, sondern ein Recht, das uns per Gesetz zusteht - nicht mehr.

Die baskischen politischen Gefangenen sind Teil des Konfliktes, den der spanische und französische Staat dem Baskenland aufzwingen. Die Festnahme von Ortega Lara (2) durch die Organisation ETA sehen wir als Folge dieser Auseinandersetzung an, da sie eine direkte Antwort auf unsere tägliche Unterdrückung ist. ETA hat nach der Festnahme von Ortega Lara ein deutliches Angebot mit dem Ziel der Humanisierung des Konfliktes um die Gefangenen gemacht: Wenn die Schließer aufhören, Teil der Unterdrückungsstrategie gegen die Gefangenen zu sein, werden sie auch kein Angriffsziel der Organisation ETA mehr sein. Aber es sieht so aus, daß die spanische Regierung und die Gefängnisbeamten dieses Angebot nicht angenommen haben. Nach dem zu urteilen, was wir täglich von den Schließern gehört und gesehen haben, wollen sie lieber ihren Kollegen Ortega tot sehen, als eine wirkliche Antwort auf die Frage zu geben. Das sind jedenfalls ihre Worte. Sie können sich so als Opfer darstellen, obwohl sie die direkten und brutalsten Agenten der Repression sind.

Wir vergessen nicht, daß die PNV (3) für die Vorbereitung und Durchführung der von Mujica (4) erdachten Strategie der illegalen und brutalen Verstreuung die Hauptverantwortung trägt. Diese Verantwortung können sie nicht auf Madrid abwälzen. Ihre eigenen Lobesreden, die sie von Anfang an auf die Verstreuung gehalten haben, sind dafür klare Zugeständnisse. Auch wenn sie sich heute anders darstellen wollen, bleibt das Verhalten der PNV doch das gleiche: während sie gutwillige Reden halten, schlagen sie gleichzeitig zu. Die Rollen sind gut verteilt; Atutxa und Ardanza auf der einen und Egibar (5) auf der anderen Seite. Welches Vertrauen sollen wir diesen täglich feilgebotenen, sich widersprechenden Meinungen entgegenbringen? Dazu noch, wenn sie überhaupt keinen Willen und keine Fähigkeiten haben, um die von den Behörden getroffenen, halbgaren Entscheidungen umzusetzen?

Nachdem sie sich so oft vor Madrid gebeugt hat und auf Knien herumgerutscht ist, hat die PNV jetzt Rückenschmerzen. Sie hat deshalb entschieden, eine andere Haltung einzunehmen und mit den Chefs aus Madrid Hand in Hand zu gehen. Wir haben uns nicht gewundert, Galindo, Nieto (6) und all die anderen Faschisten, die ihren Haß auf das Baskenland gezeigt haben, frei zu sehen. Die Feinde des Baskenlandes genießen in Madrid Freundschaft, Unterstützung und Zusammenarbeit,... so auch die PNV. Die Unterdrückung der baskischen politischen Gefangenen wird fortgesetzt. Denn die Interessen des spanischen und französischen Staates, die unser Volk mit Gewalt unter der Besatzung halten, sind dieselben. Heute zeigt sich das mehr denn je. Aber wir wollen nicht vergessen, daß das in der Geschichte immer so gewesen ist. Der französische Staat ist seit seiner Gründung ein Feind des Baskenlandes. Sein Ziel war es immer, unser Land zu vernichten, auch wenn er sich dafür physischer, ideologischer und kultureller Gewalt bedienen mußte. Die Deportationen, Auslieferungen und Abschiebungen, die Knäste, die GAL (7) und der schmutzige Krieg sind keine neuen Methoden. Die Geschichte des Baskenlandes ist voll von solchen Ereignissen. Die 4000 Bewohner von Sara, die deportiert wurden, die baskischen Widerstandskämpfer, - die wegen ihres

Kampfes gegen den Nazismus ins KZ gesteckt wurden, die direkte Kollaboration mit Franco in der Auslieferung der baskischen Militanten und mit dem spanischen Staat in der Auslieferung baskischer Militanter an die GAL.

Und in den Äußerungen ihres Innenministers Debrae zu seinen Zielen für das Baskenland zeigt die französische Regierung aufs neue ihre antidemokratische Haltung. Sie will den gleichzeitig alten und neuen Weg im Konflikt mit dem Baskenland einschlagen. Dieser Weg, den sie nie verlassen haben, ist der Weg der Gewalt: sie unterdrücken die minimalsten Menschenrechte sie negieren die Rechte, die uns als Volk zustehen, sie verhindern, daß wir als Basken in unserem Land leben können, sie machen aus dem Nord-Baskenland eine wirtschaftliche Wüste, ruinieren Landwirtschaft und Fischfang, reduzieren das Land auf eine Landschaft . ..

Es reicht, sich den konservativen und ausländerfeindlichen Nationalismus des französischen Staates anzuschauen, um die Mißachtung zu verstehen, die dieser den Völkern gegenüber zeigt. Der aktuellste Beweis dafür ist das gewalttätige Verhalten den Migranten gegenüber, die sich aufgrund des neuen Pasqua-Gesetzes (8) in einer sehr schwierigen Situation befinden. Zuerst haben sie die Herkunftsländer dieser Leute ausgebeutet und ins Elend gestürzt, um sie dann Marionettenregierungen zu überlassen. Und als ob das noch nicht genug wäre, entscheiden sie, diese Menschen, die aufgrund der politischen und ökonomischen Lage nach Frankreich kommen mußten Menschen, die sie ausgebeutet haben, von deren Schweiß und Arbeit sie profitiert haben, wie eine Ware zu behandeln und sie aus dem Land zu werfen.

Ähnlich haben sie sich gegenüber den baskischen Deportierten verhalten, als diese im Kampf für ihre Rechte den Dom von Baiona (9) besetzten. Ohne den geringsten Respekt für die Menschenrechte drangen schwerbewaffnete Polizisten in die Kirche ein und lieferten die Freunde, die dort waren, an die Folterer der spanischen Polizei aus. Ein anderes Beispiel: Ein baskischer Gefangener, der in Frankreich im Hunger- und Durststreik war, wurde (von der französischen Regierung, Anm. d. U.) an die spanische Polizei ausgeliefert. Noch ein Beispiel für diesen neuen Schritt ist, daß auch sie die baskischen Militanten, die sie festnehmen, foltern.

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Verantwortung für diese Entscheidungen die in Paris getroffen werden, bei einigen Herren hier (aus dem spanischen Staat, Anm. d. Ü.) liegt. Damit sie weiterhin hier die Herren bleiben, verhalten sie sich wie die Dienstboten von Paris.

Zum Glück, nicht nur für uns, sondern für die Zukunft des ganzen Baskenlandes, ändert sich einiges im Nordbaskenland, und das wird auch der französischen Regierung bewußt. Auch wenn wir Tausende Kilometer weit entfernt sind, sehen und spüren wir die Anstrengung junger und älterer Leute, die am Aufbau des Baskenlandes arbeiten und nicht nur auf die Unterdrükkungsmaßnahmen eine Antwort geben.

Vielleicht rührt daher auch die plötzliche Sorge der französischen Regierung, ihr Bemühen, dem Problem Priorität einzuräumen und eine Lösung zu finden. Denn ihr Problem sind nicht nur die baskischen Militanten, sondern der starke Freiheitswille im Baskenland und eine Entscheidung in diese Richtung, und sie will diese Entwicklung des Baskenlandes schwächen und verhindern, nichts anderes.

In diesem Text müssen wir auch die Medien anklagen, die immer wieder dabei sind, die Unterdrückung zu leugnen. Wir meinen diejenigen, die sich aus Mangel an Professionalität, eigener Stimme und Fähigkeit zu Unterstüttern und Agenten der Unterdrückung machen, die uns keine andere Möglichkeit bieten, unsere Erfahrungen und Meinungen auszudrücken.

Ihr, die ihr jeden Tag die Zeit berechnet, die der Schließer Ortega Lara in Arrest verbringt, habt ihr irgendwann mal gerechnet, wieviele unserer Freunde, die nach dem Gesetz schon draußen sein müßten, Jahr für Jahr in ein dunkles Loch entführt verbringen? Ihr denkt, daß ihr unantastbar seid, (...) (10)

Ihr seid eine Garantie für unsere Strafen, unverbesserliche Unterstützer derer, die das Baskenland unterdrücken, uns verstreuen und, weit vom Baskenland entfernt, in dunklen Trakten festhalten. Eure Worte schützen die Prügeleien und allgemeinen Strafen, die sich gegen uns richten. Ihr habt eure Professionalität und minimale Menschlichkeit gegen ein Gehalt verkauft, und ihr werft den Schatten der Strafe auf unsere Angehörigen und Freunde. Ihr, die ihr in dem, was baskisches Fernsehen sein sollte, arbeitet, ihr seid Kollaborateure der politischen Verfolgung.(...) (11)

Die Gründe, die uns in diese düsteren Trakte gebracht haben, bleiben weiterhin bestehen, und wir werden weiter mit derselben Kraft und der Verantwortung, die wir damals auf uns genommen haben, für die Unabhängigkeit des Baskenlandes kämpfen, egal wo wir sind.

Mit der Kraft unseres täglichen Kampfes haben wir schon viele Angriffe und Fallen unserer Feinde überstanden. Ihr braucht nicht daran zu zweifeln, daß es auch weiterhin so sein wird.

Das Kollektiv
der baskischen politischen Gefangenen

Anmerkungen:

(1) Annäherung: Die PNV hat vorgeschlagen, zumindest die Gefangenen, die in den spanischen Kolonien inhaftiert sind, in Knäste „näher" am Baskenland zu verlegen.
(2) Ortega Lara: Schließer, der im Dezember 1995 von ETA entführt wurde
(3) Partido Nacionalista Vasco: konservative Partei, die die baskische Regierung stellt
(4) Enrique Mufica: ehemaliger Vorsitzender der PSE, baskische Sektion der bis zum März 1996 regierenden sozialdemokratischen PSOE. Im April 1996 von ETA erschossen.
(5) Atutxa, Ardanza, Egibar: wichtigste Funktionsträger der PNV und der baskischen Regionalregierung
(6) Galindo, Nieto: bereits angeklagte, ehemalige (?) Mitglieder der Todesschwadrone GAL, die Haftverschonung bekommen haben. Galindo ist immer noch Leiter der Antiterrorabteilung des Innenministeriums.
(7) Grupos Antiterroristas de Liberacion: ab 1983 agierende Todesschwadrone, für mindestens 500 Anschläge und 28 Tote verantwortlich. Auftraggeber und Financier: Rafael Vera, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium
(8) Pasqua-Gesetz: von der französischen Regierung erlassenes Gesetz, das die sofortige Festnahme und Abschiebung illegaler MigrantInnen vorsieht
(9) Im April 1996 besetzten zehn BaskInnen, die aus Frankreich in verschiedene Staaten der Karibik deportiert und illegal wieder nach Frankreich gekommen waren, den Dom von Bayonne (frz.) im französischen Baskenland. Sie forderten eine Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich.
(10) nicht eindeutig zu übersetzen: entweder: „Nehmt diese Kritik als Drohung" oder „Ihr könnt Kritik immer nur als Drohung verstehen". ETA hat kürzlich eine ähnliche scharfe Kritik an der Presse geübt.
(11) Hier folgt eine Kritik an einer Sendung des baskischen Fernsehens.

Anmerkungen zur Gruppe 42

LeserInnenbrief

Seit einiger Zeit schreiben sich Gruppe 42 und C&V gegenseitig Briefe in der Alhambra-Zeitung. In der letzten Ausgabe nutzt nun 42 die Gelegenheit, sich selbst als antinationale/antideutsche KommunistInnen zu outen (Internationalismus wollen die antinationalen KommunistInnen das heute nicht mehr nennen). Wenn schon sonst niemand drauf kommt, dann müssen sie es eben selber machen. Naja, wenn s der Weltrevolution dient... Die Punkte 1 und 2 ihrer Anmerkungen, die sich auf konkrete inhaltliche Punkte beziehen, sind ja noch halbwegs sachlich gehalten und gaukeln so die Bereitschaft und Fähigkeit ernsthafter Analyse und Kritik vor. Das, was dann unter 3. an hingerotzter Demagogie folgt, zeigt allerdings, dass die 42er mit ihrer aufgeblasenen, elitären und arroganten Art nicht nur ein Ärgernis sind, sondern eine potentielle Gefahr. Wie alle Sektierer denken die 42er, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und alle anderen haben keine Ahnung. Die Pauschalität ihrer Vorwürfe und Vorhaltungen lässt mich an ihrem Verstand zweifeln. „Die" Autonomen sind also in den Augen der 42er nationalistisch, antisemitisch und rassistisch. (Fehlt da nicht irgendwas? Ach ja, warum eigentlich nicht sexistisch? Das ist wohl im Eifer des Gefechts untergegangen.)

Und wer sind jetzt „die Autonomen"? Diese Frage ist natürlich schwer zu beantworten, deshalb wird die von 42 gar nicht erst gestellt. So wird munter auf einen imaginären politischen Gegner (sollte ich sagen Feind? Bei der Schwere der Vorwürfe!?) eingedroschen. Die eigene politische Biografie wird ohne Gewissen und Skrupel entsorgt. Was heißt denn „kritiklose Unterstützung" von Befreiungsbewegungen im Trikont? Spätestens seit Kambodscha wird in „der Linken" diskutiert, welche Folgen „kritiklose" Unterstützung haben kann. Die Erkenntnis, dass es eine „nationale" Befreiung nicht geben kann, sondern nur eine „soziale", ist ja so neu nicht und keineswegs wurde sie von der Gruppe 42 „erfunden". Politische Entwicklungen verlaufen nicht ohne Brüche, dass müssten die 42er am besten wissen.

„Waffen für El Salvador"..., niemals was gespendet? Sandinistas in Nicaragua, Tupamaros in Uruguay ..., niemals in der politischen Laufbahn sympathisiert? Mandela im Knast der südafrikanischen Rassisten..., keine Solidarität? Wo haben sie denn gelebt, die 42er? Warum haben sie sich nie dazu geäußert? Hatten sie keine Meinung oder ist es vielmehr so, dass sie das jetzt einfach wegdrücken, weil es nicht in ihr heutiges Selbstbild passt? Wie auch immer, es ist und bleibt verkommene Demagogie.

Antisemitismus gibt es in der Linken (nur bei 42 natürlich nicht, bei allen anderen schon. Insbesondere bei „den Autonomen"). Hier wurde lange, zu lange Zeit verdrängt, weil sich „Linke" quasi per Definition als ebensolche nicht für antisemitisch hielten. Eine, wie ich finde, gute und ergiebige Auseinandersetzung damit findet sich in der Radikal 154. Die AutorInnen kommen zu der Einschätzung, dass die Erweiterung der heutigen linken Analyse (auch und gerade in Bezug auf Antisemitismus, Zionismus/Antizionismus) ein Ergebnis ist von Kämpfen, die von Betroffenen der Unterdrückungsverhältnisse geführt wurden und werden. Ohne diese Kämpfe wäre auch die heutige linke Generation nicht schlauer. Wie armselig ist es dagegen, schlaumeierisch daherzureden und einer imaginären Schnittmenge „der" Autonomen Antisemitismus vorzuwerfen, ja sich sogar nicht zu entblöden, zu behaupten, dies wäre ein hervorragendes Merkmal der Geschichte und aktuellen Politik „der" Autonomen.

Apropos: Wurden nicht auch Mitglieder der heutigen Gruppe 42 bei Aktionen gegen den US-Angriff gegen den Irak (Golfkrieg) gesehen? Der Irak drohte seinerzeit die Vernichtung Israels durch Giftgasbeschuss. Es gab irakische Raketenangriffe auf israelische Städte. Sollte sich dort etwa Antisemitismus eingeschlichen haben, bei der Gruppe 42? Die Scheinheiligkeit der selbsternannten Hüter der politischen Moral ist zum Kotzen.

Über die Rolle und Funktion der Gewerkschaften gibt es Literatur in Meterware. Da 42 in ihrem verblendeten Avantgarde-Denken nicht zu differenzierenden Sichtweisen in der Lage ist, fällt ihr auch die konstruierte Einschätzung angeblicher Bündnisse (selten so gelacht!) mit „den" (natürlich!) Gewerkschaften auf die Füsse. Daß es innerhalb der Gewerkschaften rassistische Tendenzen beängstigenden Ausmaßes gibt, kann nicht bestritten werden. Die pauschale Diffamierung „der" Gewerkschaften und damit letztlich aller gewerkschaftlich organisierten Menschen als rassistisch, ist dumm und entspricht keinesfalls den Tatsachen. Natürlich sind GewerkschafterInnen, die die offizielle DGB, IG Metall...etc Politik ablehnen in der Minderheit. Aber wo sind linke Positionen schon in der Mehrheit? Alle diese Menschen von vorneherein nicht wahrzunehmen, weil sie nicht in das eigene Weltbild passen, gewerkschaftliche Politik angesichts sich zuspitzender sozialer Widersprüche und Kämpfe einfach auszublenden, heißt, die fortschrittlichen, nicht rassistischen GewerkschafterInnen nicht ernstzunehmen und ist schlichtweg reaktionär. Die Politik der Gruppe 42 ist in dieser Hinsicht reaktionär.

Was das Eingehen von „Bündnissen" angeht: Waren es nicht Mitglieder der jetzigen Gruppe 42, die für die Ostermärsche der deutsch-nationalen Friedensbewegung getrommelt haben? Ziemlich peinlich für ideologisch so gefestigte antinationale KommunistInnen, wie ich finde. (Um Missverständnissen vorzubeugen: Nicht jede/r „Friedensbewegte" ist bzw. war AnhängerIn

nationalen Gedankenguts. Die Friedensbewegung als politische Bewegung hat m.E. allerdings durch ihre Ausrichtung zu einer Akzeptanz tendenziell nationaler/nationalistischer Politik beigetragen) Da lügt mensch sich doch lieber die eigene Wahrheit zurecht, verbiegt die eigene politische Geschichte, um mit so um größerem Hass auf die dreinzuschlagen, die diesen abstrusen politischen Weg nicht mitgehen.

Die Bezeichnung Volx-Küche sollte von den BetreiberInnen wirklich einmal überdacht werden, finde ich. Was die weitere Einschätzung dieser Einrichtung durch 42 betrifft: Wer/welche soll das noch ernstnehmen? Die Gruppe 42 teilt das Schicksal aller dogmatischen Sektierer und „linksradikalen" Pseudorevolutionäre. Es werden blindwütig politisch Andersdenkende denunziert, die politische Wahrnehmung ist völlig eingeschränkt, politische Differenzierungsfähigkeit ist nicht existent, denn sie gefährdet den eigenen Tunnelblick auf das Geschehen, es gibt nur noch schwarz und weiß. „Alle sind Scheiße, nur wir sind gut", könnte glatt als Motto durchgehen. Wem die politischen Koordinaten so durcheinandergeraten, wird auch nicht davor zurückschrecken, politische Gegner ans Messer zu liefern, wenn es denn die Situation vermeintlich erfordert. Hätte ich einen Wunsch frei, würde ich mir wünschen, dass politische Desperados, wie die Gruppe 42, niemals auch nur einen Zipfel politischer Verantwortung und Macht ergattern. Wenn die Gruppe 42 den Mund aufmacht, stinkt es. Sie sollten lieber die Klappe halten. Falls ihnen das, wie ich befürchte, nicht möglich ist, sollten sie sich an die Restmülltonne wenden. Das ist der geeignete Platz für diesen nicht mehr verwertbaren Dreck.

PS: Das P.S. der Gruppe 42 zu ihren Anmerkungen... finde ich übrigens typisch deutsch. Genau wie der „ideelle Gesamtdeutsche" sich am liebsten in der Opferrolle wähnt, sieht sich auch der/die „antinationale KommunIstin" erstmal und hauptsächlich als Opfer. Opfer der Bullerei, Opfer der NormalbürgerInnen, Opfer der (übrigen deutschen) Linken, Opfer des Staatsschutzes.

Deutscher geht es nicht. So schließt sich der Kreis und das Weltbild stimmt wieder. Welch ein Glück.

PPS: Ein tiefer Griff in das Schatzkästlein der Klassikerzitate: „In allen Angelegenheiten müssen wir unser Gehirn gebrauchen und gründlich nachdenken."

senza nome

Eigentlich ging es uns um Rassismus ...

Eine kurze Antwort von C&V an 42

Wo wir Euch recht geben:

Es ist richtig, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung um den rassistischen Brandanschlag in Lübeck sowie eine offensive Solidarität mit Safwan Eid im Alhambra nicht ausreichend stattgefunden haben.

Wir hätten eine Kampagne „Freispruch für Safwan und Kampf der rassistischen deutschen Justiz" auch gut und notwendig gefunden. Der Prozeß hatte zu Beginn eine breite Öffentlichkeit und wir sehen öffentlichen Druck - inner- oder außerhalb der BRD - als einzige Möglichkeit, Safwan Eid aus den Fängen der rassistischen Justiz zu befreien.

Im übrigen glauben wir, daß gerade die sogenannte „Diskussion um Café Morgenland" im Alhambra dazu beigetragen hat, eine solche Kampagne nicht stattfinden zu lassen. Die Unterstützung für Safwan ist dabei in den Hintergrund getreten - Spaltung schwächt! (Dieses betrachten wir durchaus selbstkritisch.)

Wo wir Euch nicht recht geben:

Bei Eurer Kritik an der „Oldenburger autonomen Linken" greift ihr lediglich die Themen auf, die seit Jahren innerhalb dieser Szene diskutiert werden. Wie gesagt, gibt es keinen „Szenekonsens", egal ob Ihr Euch dazu zählt oder nicht.

Wir möchten darauf nicht weiter eingehen, sondern nur kurz zwei Punkte klarstellen, die uns wichtig sind:

1. Der Begriff Neoliberalismus ist nicht die Kreation der „Autonomen", die den Begriff Kapitalismus nicht mehr in den Mund nehmen wollen, sondern durch die Auseinandersetzung mit einer Befreiungsbewegung im Trikont - den Zapatistas in Mexico - mit in die Diskussionen um Widerstand und Perspektiven eingeflossen. Die hiesige Linke führt immer noch ellenlange Diskussionen über Sinn und Unsinn dieses Begriffes.

2. Den Satz „Während ... Anton und Freunde freudig das Bündnis zwischen Apo Öcalan und dem JF-Autor Heinrich Lummer vermelden können ..." werten wir als die übliche „antinationale" Hetze gegen die Kurdistan-Solidarität. (Wen`s interessiert, wie`s wirklich war: siehe Alhambra-Zeitung, Kurdistan aktuell, Dez 95/Jan 96)

Eigentlich ging es uns in dieser Diskussion um die Thematisierung von Rassismus in der Linken. Euer letzter Beitrag lenkt eher davon ab.

Tschüss, C&V

Gruppe 42, die zweite

Es ist auffallend, daß jetzt die Gruppen am meisten miteinander (?) reden, (also C &V und 42) die eigentlich gemeinsam auf einer Seite der Kritik standen. Die auch angesprochenen Gruppen, die besonders das Bündnis um den ersten Mai teilten, reagierten bis jetzt nicht. Scheinbar aus der so entstandenen Untätigkeit heraus und mangels wirklicher Gegenpositionen, die auch dargestellt werden, differenziert jetzt 42 Positionen bis ins Absurde aus. Über die Absicht läßt sich nur spekulieren. Dieser Brief hat aber eigentlich nicht die Intention, sich noch mit 42 auseinanderzusetzen, sondern möchte nur zeigen, warum eine gewisse Art zu argumentieren - hierfür ist 42 im Moment ein Paradebeispiel - extrem kontraproduktiv ist und die oben angesprochene, notwendige Diskussion über Kapitalismus/Rassismus und unser Verhältnis dazu auf Dauer zu verhindern hilft. Ich nehme besonders Bezug auf den letzten Brief von 42 im Oktoberprogramm und auf ihre Veranstaltung zusammen mit dem Hamburger antinationalen Büro und Café Morgenland, die ja nun schon etwas zurückliegt, aber in der damaligen Wut über die Irrationalität der Diskussion hatte ich mir die "besten" Argumente, die dort geäußert wurden, aufgeschrieben.

Es geht mir also hauptsächlich um die Argumentationsweise, zuerst wäre da die allgemeine Darstellung zu nennen. Hier gibt es immer "das alhambra". Obwohl ihnen bekannt ist, daß gerade die "Café Morgenland"- Veranstaltung sehr heftige Kontroversen im alhambra erreicht hat. Der Einfachheit halber wird dann trotzdem von einem einheitlich gestrickten Gegner ausgegangen, auch mit dem kleinen Widerspruch, selbst Unterstützer des alhambra zu sein, mit "ihm" aber nie zu diskutieren.

Der Generalumschlag von 42 im Oktoberheft, daß im alhambra alle möglichen Befreiungsgruppen unterstützt bzw. auch nur diskutiert werden, ist erstens unrichtig, viel zu viele derartige Themen werden (leider) gar nicht angepackt und /oder sehr oberflächlich angerissen, eine allgemeine Haltung zu allen Befreiungsbewegungen existiert im alhambra nur in den zweiundvierzig Köpfen. Umgekehrt scheint allerdings die Gruppe 42 nur *eine* Position zu allen Befreiungsbewegungen zu haben, sie maßt sich an, eben alle Befreiungsorganisationen abzulehnen, weil sie im nationalen Kontext entstehen, sich dort verorten und kämpfen. Nur so ist die unhistorische Abkanzlung von Befreiungsbewegungen anhand von singulären und personalisierenden Bsp. wie "Arafat" und "Mandela" zu erklären. So setzen sie auch statt auf Internationalismus auf Antinationalismus, jedeR in seinem/ihrem eigenem Land isoliert gegen die herrschenden NationalistInnen. Daher braucht sie auch nur noch das Vokabular der Nationalisten, wird deren Kategorie Volk als nationale Einheit für sie auf einmal real, reden sie von völkischer Bevölkerung etc., haben sich von materialistischen Kategorien verabschiedet. Kritik an diesem Begriffsgebrauch wurde auf der Veranstaltung mit den Hamburger Oberpriestern nur mit Gegenfragen beantwortet, welche linken Theoriebegriffe und Zielvorstellungen denn noch so bewahrenswert seien. Als ein Schlagwortbegriff linker Theoriebildung wurde spontan "Kapitalismus", als Weg/Ziel "Revolution" eingebracht. Große Aufgeregtheit auf der anderen Seite, besonders der Begriff "Revolution" wurde als utopisch angesehen (was dort heißen sollte, nicht nur nicht in Sicht, sondern generell nicht zu verwirklichen und Wunschtraum). Von Euch und einer Hamburger Frau wurde daraufhin als konkret und angeblich im Gegensatz zur revolutionären Orientierung realistischer demgegenüber die "sofortige Aufhebung Deutschlands" eingebracht. Gründe: Schutz der rassistisch Bedrängten. Wenn ich auch die Notwendigkeit des sofortigen Schutzes teile, die Kritik an der Konzeptionslosigkeit und auch teilweise Desinteresses der Linken auf diesem Feld ebenfalls schon damals teilte (was man wirklich in Kategorien von rassistisch fassen muß), sehe ich wirklich nicht im entferntesten , wie "Deutschland" aufgehoben werden soll. (also euer theoretischer Platzhalter für alles Böse, wohlgemerkt nicht mehr in der Differenzierung von Kapitalismus, Rassismus, Nationalismus, Klassen etc). Damit schwebt die Kritik für mich im luftigen Raum leerer Begriffe und wird so metaphysisch, d.h. für marxistisch orientierte Leute - die sich Kommunisten nennen - eine der Dialektik entgegengesetzte Denkweise, die die Erscheinungen als isoliert und als unveränderlich betrachtet, bricht sich Bahn. Leere Begriffe für konkrete Erscheinungen enden letztlich in religiösen oder esoterischen Kategorien - das böse Deutschland als Verkörperung allen Bösen) Der Vorschlag, drei Meter Erde abzutragen, ist vielleicht konkreter als Theoriebestrebungen und Praxisversuche in einer nicht mal vorrevolutionären Situation, aber mir zu zynisch.

(Zusatz: Die neue, überdimensionierte Betrachtungsweise der aufstrebenden imperialistischen Macht BRD steht eine sträfliche Vernachläßigung anderer Ex- oder immer noch Supermächte wie der USA gegenüber, vgl. die Stellungnahmen zum Jugoslawienkrieg etc. - Deutschland gibt noch lange nicht die neue Weltordnung an selbst wenn es darauf abzielt. Aber wenn man in Kategorien des Bösen denkt, sieht man es halt überall).

Doch zurück zum Diskussionsstil, der wohl helfen soll, bestimmte Platitüden zu überdekken:

Der Angriff von 42 gegen die Volxküche als Hort sozialarbeiterischer Bemühungen, wo angeblich versucht wird "fehlgeleitete revolutionäre Potentiale der deutschen Volksgemeinschaft in die richtige Bahn zu lenken", ist wieder eins dieser scheinbaren Argumente, die durch die polemische Äußerungsweise nur eure Unwissenheit um die konkrete Zustände verdeckt.

Die Volxküche ist eine Vereinsmeierei der VeganerInnen, wo nur wenig andere Alhambranesen auch vorbeischauen und bis jetzt nicht dadurch aufgefallen, daß dort Obdachlose oder andere Leute, die was Warmes zu essen bräuchten, dort auflaufen. Geschweige denn, Bekehrungsversuche z.Bsp. von RassistInnen würden dort Raum gewinnen. Diese schwarz /weiß Malerei trifft nicht mal ansatzweise Realität, zeigt nur wieder das Nichtkennen von Zusammenhängen verbunden mit der Lust am plattmachen.

Die auch fürs alhambra verwendete Polemik gegen die Volxküche hat aber in Wirklichkeit eine ganz andere Funktion, zuerst brachten die Hamburger oder das Cafe Morgenland diese Polemik gegen die autonome l.u.p.u.s. Gruppe - das war alles, was ihnen zu deren Kritik gegen das Recycling von faschistischen Begriffen für die linke Szene, wie es von den antinationalen betrieben wird, einfällt ("Linke Debatte. Antideutsch, antinational, national...?", abgedruckt in Beute, (3) Herbst 1995 - aber wahrscheinlich kennt 42 diese Zeitschrift auch nicht) Nur ein Kernsatz aus dem Artikel: "Die Volksgemeinschaft ist eine Propagandalüge. Daß der Versuch , sie Wahrheit werden zu lassen, in unabsehbaren Terror mündete (gemeint ist das III.Reich, d. Verf.), und das heißt auch, daß dies weitgehend gelang, zeigt nur einmal mehr, daß Lügen Realität werden können." (ebd., S.88) .....und den Lügenbegriff übernimmt man dann!

Der Vorwurf des Antisemitismus (mal so eben über alles rübergeworfen, autonome Szene im allgemeinen und alhambra im besonderen) müßte wenigstens ausdifferenziert werden. Ich würde nie sagen, daß es in diesen Szenen Antisemitismus nicht gibt, aber in der Darstellung von 42 sieht es so aus, als ob es nicht mal die Kritik gibt bzw. diese von ihnen käme und nicht behandelt wird

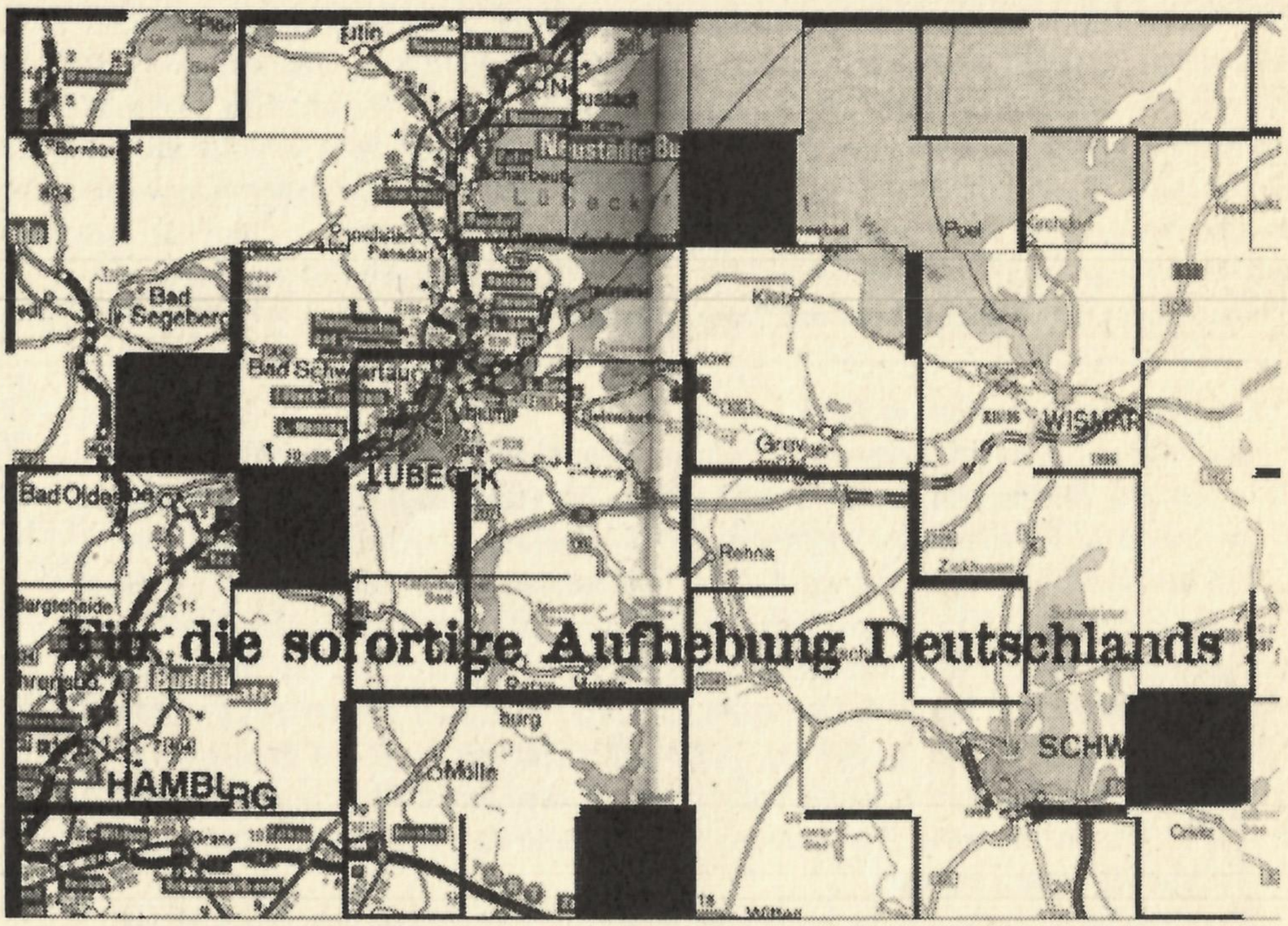
Zweite Lesweise, wie der Vorwurf gemeint sein könnte, wäre, daß die Kritik von außen an die autonome Szene hätte herangetragen werden müssen. Für fast alle Kritikpunkte , warum 42 nicht zur autonomen Szene und

deren Umfeld gehören will, gilt aber, daß es Punkte sind, die aus der autonomen Szene heraus an sie selbst formuliert wurden und auch in ihren Zeitschriften zuerst formuliert wurden (vgl. für die Szene allgemein und nur als ein Bsp. der Diskussion radikal Nr. 154, Juni 1996; für das alhambra das selbstorganisierte Wochenendseminar zu Ostjudentum/ Zionismus/Geschichte des Staates Israel - immer unter der Perspektive linker Antizionismus/Antisemitismus - mit Klaus Mellenthin vom ak; TeilnehmerInnen kamen ausschließlich aus dem Alhambraspektreum, die Fortsetzung ist in der Organisationsphase - eigentlich wieder nur ein Bsp. für die Unkenntnis der Strukturen, die 42 kritisiert.)

Eher zeigt umgekehrt der Rest der deutschen - besonders der organisierten Linken - eben genau in der Behandlung von eigenem Antisemitismus extreme Lücken. Die Autonomen können sich sogesehen fast in dem kläglichen Licht sonnen, wenigstens die Kritik schon mal gehört zu haben.

In diesen Zusammenhang paßt die lediglich auf Selbstdarstellung denn auf Diskussion abzielende Kritik an Anton und seiner Berichterstattung zum Treffen Öcalan/ Lummer: "Anton und Freunde vermelden freudig das Bündnis zwischen Apo Öcalan und dem Junge Freiheit Autoren Heinrich Lummer", hier die zwei Stellen, die vorsichtshalber nicht zitiert wurden: "Spätestens durch das völlige Unverständnis gegenüber eines Treffens von Öcalan mit einem Verfassungsschutzdirektor und wenig später mit dem CDU Rechtsaußen Lummer in Damaskus ist deutlich geworden, daß der Begriff politische Lösung vielfach mißverstanden wird. Es geht dabei nicht, wie einige anzunehmen scheinen, um gemeinsame Standpunkte, auf deren Grundlage eine Lösung angestrebt wird, oder den Versuch, die Gegenseite von den eigenen politischen Grundsätzen zu überzeugen. Vielmehr umschreibt der Begriff das Bestreben, auf der Grundlage eines gegebenen militärischen Kräfteverhältnisses zu einer Fortsetzung der Auseinandersetzung mit politischen Mitteln überzugehen: Waffenstillstand, Möglichkeit der Rückkehr der Millionen von zivilen Flüchtlingen in ihre Dörfer ... (...) Die Forderung nach einer politischen Lösung hat natürlich selbst auch schon eine politische Bedeutung, weil sie nämlich beweist und nicht nur behauptet, auf welcher Seite der Kriegstreiber steht. (...) In Bezug auf das Gespräch mit VS und Lummer bleibt eine berechtigte Kritik aber nach wie vor die, daß bis heute die öffentliche Darstellung dieser Kontakte nur der einen Gesprächsseite überlassen wurde und die PKK keine eigene, genau diese Kontakte betreffende Stellungsnahme abgegeben hat (zumindest kennen wir sie nicht). Wenn solche Kontakte als offensiver Schritt bestimmt werden, darf mit ihrer Vermittlung nicht derart defensiv umgegangen werden" (Anton - Kurdistan aktuell - stark gekürzt (Dezember 95, alhambra Programm). Diese Position, wahrlich kein "Hochfeiern" - wurde in den entsprechenden Arbeitskreisen heftig diskutiert - nur Gruppe 42 war nicht vor Ort.

Die im Grunde genommen apolitische Haltung von 42 erkennt man auch an der Selbstdarstellung des Verlaufs der Grevesmühlener Demo, wo gegen die Einschätzung von anderen Gruppen, die diese Demo nach dem unerwartet ruhigem Verlauf der Lübecker Demo schon als "Falle" bezeichneten, Mitglieder von 42 teilnahmen. Die Selbstbezogenheit als einzig wahre aufrechte Linke endet in dem Ausfluß, verprügelt und vom Rest der Linken beschimpft worden zu sein.



Ginge der Horizont etwas weiter, würdet politisch diskutiert und die für die linke Debatte entscheidende Neuerung bei dieser Demo erwähnt - das nämlich die dortigen Leute wegen Volksverhetzung der "deutschen Nation" angeklagt werden. Hier bricht in der Tat einer der letzten Dämme dieses bürgerlichen Rechtsstaates - wer so gerne Ideologien aufdeckt, sollte das besonders hier tun. Ein in der historischen Logik als Minderheitenschutz konzipiertes Recht gegen Verleumdung, hier besonders bei antisemitischen Äußerungen, von den Verfassungsschreibern aus der Erfahrung des Faschismus abgeleitet und extra (im Gegensatz zu USA, siehe Fall Gary Lauck) dem Recht auf Meinungsfreiheit übergeordnet, dieses Gesetz wird nun gegen jede innere Logik buchstabengetreu rechtspositivistisch ausgelegt und für den Schutz einer satten, herrschenden Mehrheit angewandt (Eigentlich ist das doch ein Argument für eine antinationale Haltung). Ähnlich wie Männer jetzt schon erfolgreich gegen aus Quotenregelungen folgenden persönlichen Benachteiligungen klagen können und so ebenfalls den Sinn von Gesetzen umdrehen können, wird hier wiederum Recht repressiv zum Schutz des Bestehenden ausgelegt, gegen Sinn und Intention des jeweilig konkreten Gesetzes. Sicher, ich höre schon die Töne, dies wäre eine bürgerliche, bestenfalls radikaldemokratische Argumentation, ich bin allerdings der Meinung, daß man nie eine Waffe aus der Hand legen sollte, bevor man sich über ihrem Nutzen nicht klar ist. Gegenüber einer faschistischen Diktatur ist sogar in diesem System einiges für Linke zu verteidigen! Wenn das Ziel von antirassistischen Bemühungen sein soll, MigrantInnen hier zu schützen, würde ich z.B. auf die Einhaltung solcher Rechtsmöglichkeiten pochen - das wäre konkrete Politik.

Fragt sich also für den ganzen Text - viel wäre noch zu ergänzen - wem so eine Kritik wie die von 42 nützt - mir hat sie Zeit und Geduld gekostet, vom Thema "Rassismus" und konkreten Schritten lenkt sie ab, im Ansehen der Gruppe 42 ist sie vielleicht als einmalige Entgleisung zu verzeichnen, nützen tut sie aber allen, die von den rassistischen Zuständen in diesem Lande profitieren. Wieder reiben wir uns selbst auf, klappt die Strategie "Teile und herrsche"!

Weg mit elitärem, pseudoreligiösem Denken!

Zurück zu einer Diskussion nicht zwischen Splittergruppen, sondern aller Gruppen im alhambra, die gegen Rassismus praktisch und theoretisch Stellung beziehen wollen!

4711

Urgent Action!

Asylfolgeantrag von Jean Nsotuna Mampouya abgelehnt!

Wie heute vormittag bekannt wurde, hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge den Asylfolgeantrag von Jean Nsotuna Mampouya (wir berichteten von seiner Situation in unserer letzten Ausgabe) abgelehnt. Obwohl neue Beweise für die bereits hinlänglich bewiesene politische Verfolgung von Jean vorgelegt wurden, hat das Bundesamt all dies ignoriert und Jean damit zur Abschiebung freigegeben. Die Ausländerbehörde hat somit die Möglichkeit, Jean jederzeit abzuschieben. Seine Anwältin hat beim Verwaltungsgericht Bremen Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Bundesamtes eingelegt. Erfahrungsgemäß entscheidet das VG Bremen über solche Anträge bei Flüchtlingen, die - wie Jean - schon in Abschiebehaft sitzen, mit mörderischer Geschwindigkeit binnen weniger Tage. Zuständig für Jean ist die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Bremen unter dem Vorsitz von Richter Feldhusen. Die Richter Feldhusen, Wehe und Dr. Bauer der 5. Kammer des Bremer Verwaltungsgerichts sind jedoch berüchtigt dafür, noch nie einen afrikanischen Asylbewerber anerkannt zu haben!

Jean Nsotuna Mampouya, der schon in Zaire wegen seiner politischen Tätigkeit mehrere Jahre im Gefängnis saß und dort gefoltert und mißhandelt wurde, setzte nach seiner Flucht in Deutschland seine Aktivitäten fort. Genau darauf stützt sich auch der Asylfolgeantrag. Das Bundesamt hat ihn abgelehnt, weil der Antrag ihrer Meinung zu spät eingereicht worden war. Am 22.7.96 war Jeans Erstverfahren abgelaufen, am 11.9.96 wurde der Folgeantrag eingereicht. Gleichzeitig argumentiert das Bundesamt damit, eine Gefährdung wäre nicht gegeben. Es beruft sich einerseits darauf, daß es zweifelhaft wäre, ob die zairischen Sicherheitsbehörden überhaupt Kenntnis erlangt hätten, und verweist auf den Geldmangel der zairischen Botschaft. Dies ist allerdings grober Unsinn: Das zairische Konsulat in Bremen wird vom Konsul und Bremer Millionär Ansgar Werner (der wichtige Geschäftsinteressen in Zaire hat) aus eigener Tasche bezahlt und ist bestens ausgestattet.

Der UNHCR (Hohes Flüchtlingskommissariat der UN) geht dagegen davon aus, daß eine Gefährdung bei "aktiven Mitgliedern prominenter Parteien" in Zaire "besonders zutage tritt", von staatlichen Diensten abgefangen zu werden, wenn sie in den Zaire abgeschoben werden.

Das Bundesamt verweist auf mehrere Entscheidungen eben jener Asylrichter der 5.Kammer des Bremer Verwaltungsgerichts, die jetzt über Jeans Urteil entscheiden: sie ignorierten die Feststellung des UNHCR und begründeten mehrere Ablehnungen mit den schönfärberischen diplomatischen Berichten des Auswärtigen Amtes. Allerdings beruft sich das Bundesamt überdies zu Unrecht auf diese Enscheidungen: dort geht es nämlich um die einfache Mitgliedschaft in oppositionellen Gruppen. Jean jedoch war - auch nach den Ausführungen des Bundesamtes - nicht bloß Mitglied, sondern aktiver Repräsentant, Organisator und nicht zuletzt Redner, der dem Honorarkonsul auffiel.

In diesem Zusammenhang ist auch das Schicksal von Kanda Mupasi, Lusala Nzengani und Motema Kikuba aus Westerstede, alle drei ebenfalls Flüchtlinge aus Zaire, wichtig. Am 4.10. wurde ihnen vom Verwaltungsgericht Oldenburg die Ablehnung ihrer Klage gegen die Nichtanerkennung als Asylberechtigte zugeschickt.

Unterschreibt bitte auf den entsprechenden Unterschriftenlisten der Deutsch-Ausländischen Gesellschaft e.V. und von Solidarität International (Oldenburg), die derzeit ausliegen!

Wir bitten Euch, für Jean Nsotuna Mampouya ab sofort Faxe an das VG Bremen zu schicken, um die Richter zu bewegen, Jeans Antrag auf Durchführung eines neuen Asylverfahrens stattzugeben. Weiterhin bitten wir Euch, Faxe ans Ausländeramt zu schicken, um es zu bewegen, von einer Abschiebung so lange abzusehen, wie das verwaltungsgerichtliche Verfahren läuft.

Die Fax-Nummer
des Verwaltungsgerichts lautet:
0421-361-6797

Die Fax-Nummer
des Ausländeramts lautet:
0421 36115013 oder 36115179,
zu Händen Herrn Trappmann

Bitte schickt auch Faxe
an den Bremer Innensenator Borttscheller:
0421-361-9009

(Schickt bitte auch eine Kopie Eurer Schreiben an unsere Kampagne:
0421-4987276)

Die politische Situation in Zaire

Der 1965 an die macht gekommene Diktator Mobuto wird von herrschenden Kreisen in den USA, Belgien, Frankreich und der BRD an der Macht gehalten. Mobutos Leibgarde und der Geheimdienst werden vom BND in Pullach ausgebildet. 124 Millionen DM bekam Mobuto unlängst von Kohl als 'humanitäre Hilfe', um sie dann auf ein Konto in der Schweiz zu überweisen. Gleichzeitig steht die Auszahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Zaires seit mehr als drei Jahren aus Die BRD liefert dagegen Waffen an Mobuto. Sie bekam dafür vom 'Garanten für die Verhinderung des Sozialismus' ein Stück Land der Größe baden Württembergs, auf dem Nuklearversuche gemacht werden sollen. Daß sich die Massen das nicht mehr gefallen lassen, zeigte eine Protestdemonstration gegen Mobuto von 50 000 Menschen in der Hauptstadt Anfang August.
Mobutos Regime ist eines der brutalsten in Afrika. Er ist für das Verschwinden von ca. 500 000 Personen seit 1991 verantwortlich! Würden Nzengani, Kikuba, Mupasi und Mampouya abgeschoben, wäre ihr Leben akut in Gefahr - die Garde Civil würde am Flughafen schon warten.

Kampf dem deutschen Militarismus und Imperialismus –

Widerstand gegen das militaristische "Heldengedenken" auf dem Theodor Tantzen Platz

Am 17. November, dem sogenannten Volkstrauertag, werden alljährlich überall in der Bundesrepublik an Kriegerdenkmälern Kränze niedergelegt und Gedenkveranstaltungen abgehalten, um die auf deutscher Seite im 1. und 2. Welkrieg gefallenen Soldaten zu ehren. So auch in Oldenburg, wo die zentrale Kranzniederlegung traditionell am Kriegerdenkmal auf dem Theodor-Tantzen-Platz (Vor dem Regierungsgebäude) stattfindet.

Dabei werden die Soldaten, die als Angehörige der deutschen Armee in bereits zwei Angriffskriegen von zuvor ungekanntem Ausmaß in diesem Jahrhundert Tod und Vernichtung über die überfallenen Länder brachten, als Helden und deren Tod als ehrenhafte Tat im Dienste des deutschen Volkes dargestellt und somit die Verbrechen des deutschen Militarismus geleugnet. Außerdem werden die Hintergründe und Ursachen von Kriegen allgemein ausgeblendet. Beide Weltkriege dienten dazu, dem deutschen Kapital Märkte und Einflußsphären zu sichern. Die Furcht vor der Kriegsgefahr, die ständig aus der aggressiven Konkurrenz der imperialistischen Mächte erwächst, führte beide Male nach Kriegsende zu Recht zur teilweisen oder totalen Entmilitarisierung Deutschlands. Die Formel „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen" war bis zur Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen der Westintegration in den 50er Jahren die allgemein anerkannte Lehre aus den Schrekken des 2. Weltkriegs. Dies sind unbequeme Wahrheiten, wenn das Militar eine immer größere Rolle in der Außenpolitik spielt, wie wir es in den Jahren seit der Wiedervereinigung Deutschlands erleben, und diese Entwicklung der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht werden soll. Bestens ersichtlich ist dies an den neuen „Out of Area" Einsätzen der Bundeswehr, zum Beispiel in Somalia oder dem ehemaligen Jugoslawien. Durch die vom Bundestag beschlossenen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr, die dem Militar den Auftrag der Sicherung deutscher Wirtschaftsinteressen erteilen, wird dies möglich.

Heute, da im herrschenden Diskurs wieder Wekmachtallüren den Ton angeben, ist es wichtiger als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, daß Protest gegen den zunehmenden Militarismus laut wird. Auch in Oldenburg lassen sich Mitverantwortliche für den militaristischen Kurs in der Politik benennen, wie z.B. der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey, der als Mitglied des Ver-teidigungsausschusses und Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe seinen Teil zu den Waffenlieferungen an die Türkei und die Unterstützung des blutigen Krieges gegen die Kurdinnen beigetragen hat.

Wir rufen alle dazu auf, wahrend der Kranzniederlegung am 17. 11. vormittags vor der Regierung ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Es gilt, endlich wieder antimilitaristische Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir wollen symbolisch eine Straßenumbenennung vornehmen, um diesem Ziel näher zu kommen. Der Straßenzug, der den Regierungsvorplatz streift, trägt die Namen Roon (preußischer Kriegsminister), Hindenburg (Generalfeldmarschall des 1. Weltkriegs und Mitglied der obersten Heeresleitung, ernannte später Hitler zum Reichskanzler) und Tirpitz („Vater" der deutschen Flotte) und steht damit beispielhaft für die ungebrochene Kontinuitat der Ehrung militärischer „Würdenträger". Anstelle dessen wollen wir den Namen Bernhard Kuhnts, des revolutionären Matrosen und ersten oldenburgischen Ministerpräsidenten, setzen, der für eine Tradition des Widerstandes gegen den Militarismus steht.

Bündnis gegen die Kranzniederlegung auf dem Theodor- Tantzen Platz am 17.November

Wir bitten um Beteiligung an dem Aufruf und der Aktion.

Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne

31. Oktober, 19 Uhr,	im Haus der Jugend: Vorbereitungstreffen für alle interessierten Gruppen.
5. November, 19 Uhr,	im Haus der Jugend (Alexanderstr./Von-Finckh-Str.): Auf Einladung der SDAJ spricht der Bremer Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann.
17. November, 11.30 Uhr,	Friedensplatz: Schweigekreis zum Gedenken an alle Opfer von Gewalt, AK Friedens woche.
17. November, vormittags,	Theodor-Tantzen-Platz: Protest gegen die Kranzniederlegung.
17. November, 20 Uhr,	Altes Gymnasium: Textlesungen mit Helmut Donat (Ossietzky-Preisträger), AK Friedenswoche

Anmerkungen zum Tag der deutschen Einheit

Nach 9 Stunden Fahrt auf der Autobahn waren wir am Ziel: München! Gegen den deutschen Wahn demonstrieren!
Nein, das Oktoberfest war es nicht, das unsere Aufmerksamkeit als erstes anzog. Zwar wollten auch wir uns erstmal ein gutes Bier gönnen, aber wir begaben uns dazu auf eine Party der ganz besonderen Art, nämlich dem EINHEIZ-FEST im Backstage, einem alternativen Veranstaltungsort zum herrschenden Einheitsfest. Zu letzterem zählte auch ein 'Tanz in die Einheit' in dieser Stadt, auf der der DJ in „Plattendreher" um-germanisiert wurde und u.a. unsere kommerziellen Helden BAP und die 'Fantastischen Vier' auftraten. Daß Geld, Erfolg und Macht korrumpieren, wußten wir schon früher, diesmal eben präsentiert auf schwarz-rot-gelben Plakaten, denen - um sie nicht mit Fascho-Werbung zu verwechseln - noch schnell der Satz „alle Menschen sind Ausländer..." hinzugefügt wurde.
Das EINHEIZ-FEST dagegen war ein richtiges Punk-Happening, Höhepunkt des Abends war neben drei anderen Bands (eine davon hieß 'sans soucis') 'atari teenage riot' mit einer Mischung aus Techno und Punk. Wow! Die Stimmung war verdammt gut und bestens geeignet, uns für den nächsten Tag vorzubereiten.
Auch weil die APPD (Anarchistische Pogo Party Deutschland) anläßlich des nationalen Einheitstages zu Chaostagen nach München aufgerufen hatte, war das Bild an diesem Abend und auf der Demo ziemlich bunt.
„Hier sind wir richtig" dachten wir uns angesichts des organisatorischen Durcheinanders, das wir ja von zu Hause kennen. Das fing mit der Pennbörse an, wo wir erst 13.- DM Eintritt zahlen mußten, um ins Backstage reinzukommen, um dann, als wir drin waren, zu erfahren, daß wir zur Bettenbörse jetzt wieder raus müssen. Obwohl wir dann am nächsten Tag eine halbe Stunde zu spät zur Auftaktkundgebung kamen, warteten wir trotzdem nochmal eine halbe Stunde, bis diese anfing und ca. zwei Stunden, bis sich zur Demo formiert wurde (was sich bis zum Demobeginn dann noch ewig hinzog...)..Trotzdem - einen Pennplatz bei einer ganz netten Frau haben wir bekommen (Danke nochmal!) und demonstriert haben wir auch.
Die Demo ging schon gut los. Ungefähr 10 Faschoskins stellten sich während der Auftaktkundgebung an deren Rand und lachten verächtlich über ein Flugi. Aber nicht lange, denn recht schnell kamen einige AntifaschistInnen, die die Faschos umzingelten, bespuckten und ins McDonalds abdrängten. Dort saßen sie dann verängstigt im zweiten Stock und mußten sich die neugierigen Blicke, Drohungen und das Auslachen von allerhand DemoteilnehmerInnen gefallen lassen. Auch einem Burschenschaftler, der mit der Deutschlandfahne vorbeikam, ging es nicht viel besser, nach einigem hin-und-her wurde er, wie ich vermute, seine Fahne los.
Interessanterweise- und für norddeutsche Münchenkentnisse ungewohnt - waren nur

wenige Bullen zu sehen. Die anwesenden waren auch in bürgernahem Schwarz-grün mit normaler Mütze gekleidet, kein Helm, kein Schild, kein USK (Unterstützungs-Sonder-Kommando, eine bayerische Sondereinheit und Prügeltruppe der Polizei) weit und breit. Das Bullenkonzept hieß diesmal scheinbar Deeskalation, denn auch die ansonsten übliche Medienhetze im Vorfeld blieb diesmal weitestgehend aus. Vielleicht lag es aber auch an dem breiten Bündnis, das gegen die Feierlichkeiten am 3.Oktober aufgerufen hatte, zu dem auch die Grünen, die PDS und die JUSOs gehörten. Was zumindest die Grünen betraf, gab es innerhalb des Münchner Ortsverbands deshalb auch heftigen Streit, da u.a. deren 2.Bürgermeister darauf bestand, sich im nachhinein vom gemeinsamen Aufruf gegen die Einheitsfeier zu distanzieren. Ebenfalls ein negatives Ergebnis dieses Bündnisses war, daß hier erstmals in der Geschichte des 3.Oktobers von RednerInnen die Tatsache der sog. 'Wiedervereinigung' gelobt wurde, auch wenn sie in dieser Form abzulehnen sei.

Während der Demo liefen die Bullen Spalier, allerdings immer noch in ihren 'normalen' Uniformen. Es scheint zudem insbesondere für bayerische Bullen zum guten Ton zu gehören, unflätig zu werden: Ein Bulle, der gebeten wurde, zum Spalierlaufen wenn schon, dann neben und nicht IN der Demo zu gehen, antwortete „halts Maul, i hau dir glei oane nei!"...(tat er aber nicht). Insgesamt wurden an diesem Tag 7 Menschen verhaftet, von denen bis 20 Uhr erst 4 wieder draußen waren. Mindestens zwei der Gefangenen sind dabei von den Bullen verletzt worden, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Vorwand für die Festnahmen waren meistens Verstöße gegen die strikten Demoauflagen: so waren Seitentransparente verboten, weil dadurch den Bullen das schnelle Hineinstoßen in den Demozug erschwert werde, und eine Sonnenbrille in Kombination mit einem Kapuzenpulli galt schon als Vermummung.

An dieser Stelle muß einmal Grundsätzliches zum Bayern-Mythos gesagt werden. In unseren norddeutschen Vorstellungen gibt es dort (fast) keine halbwegs organisierte linksradikale Szene, die Bevölkerung ist stockkonservativ bis faschistoid und die Bullen nur noch knallharte Schläger. Ergebnis: Widerstand in Bayern zu unterstützen lohne sich nicht mehr, weil es dort keinen gibt und gegen die Bullen eh niemand ankommt. Reaktionäre Äußerungen von CSU-PolitikerInnen werden als typisch bayerisch abgetan, als sei es eine Sache der vermeintlichen Regionalkultur. ABER: Erstens ist der Widerstand bei uns nicht sehr viel, sondern höchstens ein bißchen stärker als in Bayern. Wir lernten dort sehr nette und engagierte Leute kennen, und der Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf war auch nicht von Pappe. Zweitens: Wer behauptet, die Bayern seien reaktioner (was dort ein großer Teil zweifellos ist), muß sich fragen lassen, ob es denn überhaupt eine Rolle spielt, daß es sich hier um BAYERN handelt und ob die anderen Deutschen nun so sehr viel toller/linker/emanzipierter sind. Drittens: Der Mythos von Bayern, wo „man kräftig zulangt" (Originalton Ex-Ministerpräsident Max Streibl anläßlich des Münchner Kessels 1992) ist ein Mythos der Herrschenden, um ihre Vorstellungen schrittweise in die Tat umzusetzen. Beispielsweise war es die CSU, die seit Mitte der 80'er die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl forderte. Haha, die doofen Bayern...1993 stimmte sogar die SPD dafür, nicht wenige Grüne schlossen sich dem inhaltlich an. Und während alle fassungslos auf die Abschiebepraxis des bayerischen Innenministers Beckstein starren, übertrifft die Zahl der Flüchtlinge, die vom rot-grünen Nordrhein-Westfalen aus ihren Folterern und Mördern ausgeliefert werden, derjenigen Bayerns um einiges. Damit soll Günter Beckstein selbstverständlich keine Humanität angedichtet werden - die bayerische Staatsregierung und die bayerische Einheitspartei CSU sind nur eben nicht SO viel anders als die anderen, sondern haben eher eine Art Vorreiterrolle darin, wieviel der Bevölkerung an Demokratie- und Menschenrechtsabbau zuzumuten ist.

Auf der Ebene der Polizei erzeugt der Mythos vom prügelnden Bullen eine Schere im eigenen Kopf, die schon im voraus verhindert, das zu tun, was mensch eigentlich möchte. Warum wäre es angesichts der wenigen und schlecht ausgerüsteten Bullen an diesem Tag nicht möglich gewesen, das Tragen unserer Seitentransis, die Darstellung unserer Inhalte somit, einfach durchzusetzen, massenweise?!

Dennoch - die Demo lief einigermaßen ruhig ab, von den Festnahmen und wenigen Rangeleien abgesehen.

In der Frankfurter Rundschau stand am nächsten morgen was von 100 TeilnehmerInnen, der Bayerische Rundfunk sprach von 400, in der taz schrieb jemand „2500". Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen, nach unseren Schätzungen waren ca. 1500 Menschen daran beteiligt, den Herrschenden in die Hummersuppe zu spucken, die sie sich am Jahrestag ihres Sieges über den Sozialismus und angesichts ihrer Fortschritte in Richtung Wiederherstellung vollendeter rassistischer, patriarchaler und nicht zu vergessen: kapitalistischer Verhältnisse gönnen wollten. Wir waren nicht viele, längst nicht genug, aber wir hatten unseren Spaß und uns vereinte die Erkenntnis: Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand.

...leider wohl auch im nächsten Jahr wieder.

Antifa aktuell Antifa aktuell

Rep-Parteitag in Hannover

Vom 4.-6. Oktober veranstaltete die faschistische Partei „Die Republikaner" ihren Parteitag im hannoverschen Kongreßzentrum. Rund 400 AntifaschistInnen versammelten sich am 4. Okt. ebenfalls in Hannover, um den Rep's Widerstand entgegenzusetzen und den Parteitag nach Möglichkeit zu verhindern (oder zumindest zu behindern). Die antifaschistische Demonstration zog zum Kongreßzentrum, wo sie von einem riesigen Polizeiaufgebot erwartet wurde. Nach einer rund 1 Stunde dauernden und lautstarken Kundgebung traten die Antifaschistinnen aufgrund der extremen Polizeiübermacht den Rückzug an. Am nächsten Tag organisierten AntifaschistInnen eine „Hate-Parade" gegen den Parteitag, an der Noch einmal ca. 300 Menschen teilnahmen.
Auch wenn es in der letzten Zeit kaum noch möglich war, faschistische Parteitage, die unter Polizeischutz standen, zu verhindern oder zumindest effektiv zu behindern, ist und bleibt es absolut notwendig gegen diese Veranstaltungen zu mobilisieren und unseren Antifaschistischen Widerstand an diesen Tagen auf die Straße zu tragen!

Ankündigungen:

Demonstration in Lübeck

Am **2. November** organisiert das „Lübekker Bündnis gegen Rassismus" eine bundesweite Demonstration aufgrund des Lübecker Brandanschlages vom 18. Januar und des Prozesses gegen Safwan Eid. Das Motto der Demo lautet: „Freispruch für Safwan!-Die Nazis vor Gericht!; Offene Grenzen-Bleiberecht für alle!". Treffpunkt ist um **13 Uhr** am **Koberg** in **Lübeck**.

Antifa-Demo in Wurzen

Die Stadt Wurzen , im Muldentalkreis, liegt etwa 30 km von Leipzig entfernt. Der gesamte Landkreis steht faktisch unter der Kontrolle militanter FaschistInnen. Um diese faschistische Vorherrschaft zu durchbrechen und antifaschistischen Widerstand in dieser Region zu formieren, findet am **16. November** in Wurzen eine antifaschistische Demonstration statt. Treffpunkte sind in Leipzig um 12 Uhr am Hauptbahnhof und um **14 Uhr** am **Bahnhof in Wurzen**. Kampf den braunen Zonen!

Bestellt das PROZESSINFO !
Zum Lübecker Brandanschlag und den Prozeß gegen Safwan Eid!
Für Initiativen und WeiterverteilerInnen:
10 Ex. - DM 5,- • 25 Ex. - DM 8,- • 50 Ex. - DM 10,- • 100 Ex. - DM 15,-
Am besten und schnellsten gegen Vorkasse
(Schein/Scheck beilegen oder auf's Spendenkonto überweisen)

Spendet !

Antirassistische Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld. Wir haben dafür in diesem Jahr bereits mehr als 10.000 DM ausgegeben - von unseren Computern, die noch immer beschlagnahmt sind, ganz zu schweigen.

Spendenkonto:
Kto. 566406-201 • Postbank HH • BLZ 200 100 20 • Kto.-Inhaber: C. Kleine

Werdet aktiv!

Lübecker Bündnis gegen Rassismus Willy-Brandt-Allee 9 23554 Lübeck Tel. 0451-7020748

Stand: 20. Oktober'96

Antifa Jugend Front und AK " Kein Fußbreit d. FaschistInnen", c/o Alhambra

Die Tageszeitung
junge Welt

Um weiter Regelmäsig erscheinen zu können, braucht die junge Welt Abos.
Also aboniert alle fleißig !

Redaktion junge Welt,
Am Treptower Park 28-30,
12435 Berlin. Oder per Fax
(030) 688 34-343

Stop die Bahn - Stop den Castor!

Für einen lebendigen und militanten Widerstand gegen den Castor ins Wendland

Kommuniqué autonomer Gruppen

Ein offener Brief

Liebe Leute,

Wir haben in den frühen Morgenstunden des 7.10.96 den Bahnverkehr im gesamten Bundesgebiet lahmgelegt. Hakenkrallen wurden an insgesamt 13 Stellen in die Oberleitungen gehängt:

4 bei Stuttgart
1 bei Bremen
1 in Nordhessen
5 um Berlin
1 bei Göttingen
1 zwischen Hannover und Celle.

Mit diesem Brief laden wir euch aber auch zu einer öffentlichen Diskussion ein.
Vielleicht wundert ihr euch, daß wir - im Gegensatz zu sonstigen eher knapp gehaltenen "waswannwowarum" - Kommuniqués - geradezu ausschweifend werden. Deshalb zur Erläuterung ein paar Takte vorweg, wie die Idee zu diesem Brief entstanden ist:
In verschiedenen autonomen Gruppen wird zur Zeit überlegt, wie sie sich im Rahmen der Anti-AKW - Bewegung einbringen können. Dabei stoßen wir auf folgende Beobachtungen:

1) Der Widerstand im Wendland zu den Castor Transporten hat an Schärfe gewonnen, Tag X^2 war ein voller Erfolg. Dennoch haben wir den Eindruck, daß wir zum einen wie das Kaninchen vor der Schlange hocken: wenn die Atommafia Transporte durchführt, rollt der Widerstand an, setzen sie auf Zeit und Deeskalation, wird es wieder ruhig; zum anderen führen wir wieder einen Kampf den wir schon lange gewonnen gehofft hatten, das deutsche Roll-Back bekommt auch die Anti-AKW Bewegung zu spüren.
Wir wollen hier etwas frischen Wind hineinbringen und schlagen vor, nach eigenem Rhythmus den Druck so zu verstärken, daß die Herrschenden froh waren, mit einer Schließung von „Gorleben" davonzukommen. Wir haben reale Chancen, ihnen kräftig in die Suppe zu spukken.
2) Aber dazu haben wir viele Fragen und Kritik an der Anti-AKW-Bewegung. Obwohl wir die Vielfältigkeit im Widerstand gegen die AKWs sehr schätzen, erleben wir die Bewegung als sehr diffus und zu begrenzt auf den Kampf gegen Castortransporte. Viele sich anbietende Schnittpunkte zu anderen sozialen Bewegungen, zur Einbettung unseres Kampfes grundsätzlich gegen die herrschenden Verhältnisse fallen weitgehend unter den Tisch. Dies ist Ausdruck von unterschiedlichen politischen Herangehensweisen und Perspektiven, die wir gerne zum Thema machen würden...

3) Daran schließt sich für uns eine Auseinandersetzung an, bezüglich unserer eigenen Widersprüchlichkeiten gegenüber unserer radikalen Utopie. Statt „Seid realistisch, fordert das Unmögliche" beteiligen auch Autonome sich am alltäglichen Krisenmanagement. Statt „revolutionärem Elan" ertappen wir uns öfters beim „tristen Tran", der Gewohnheit, sich zunehmend am scheinbar, Machbaren zu orientieren. Dazu ist ein Versuch einer realistischen Selbsteinschätzung angesagt....

4) Und zuletzt verbinden wir mit diesen Text einen praktischen Vorschlag von einer Aktionsform, von der wir hoffen, daß sie weiter Blüten trägt. Bislang fußt die ganze Castortransportiererei auf der Bereitschaft der Deutschen Bundesbahn, diese auch durchzuführen. Von der Gefährdung, die von den Transporten ausgeht, wollen wir hier nicht reden. Wir reden hier über die Achillesferse der Atommafia.
Für eine Kampagne „Stop die Bahn - Stop den Castor!". Für einen offensiven Angriff auf die Infrastruktur von Bahn- Strom- und Staatseinrichtungen zum Thema Castor!

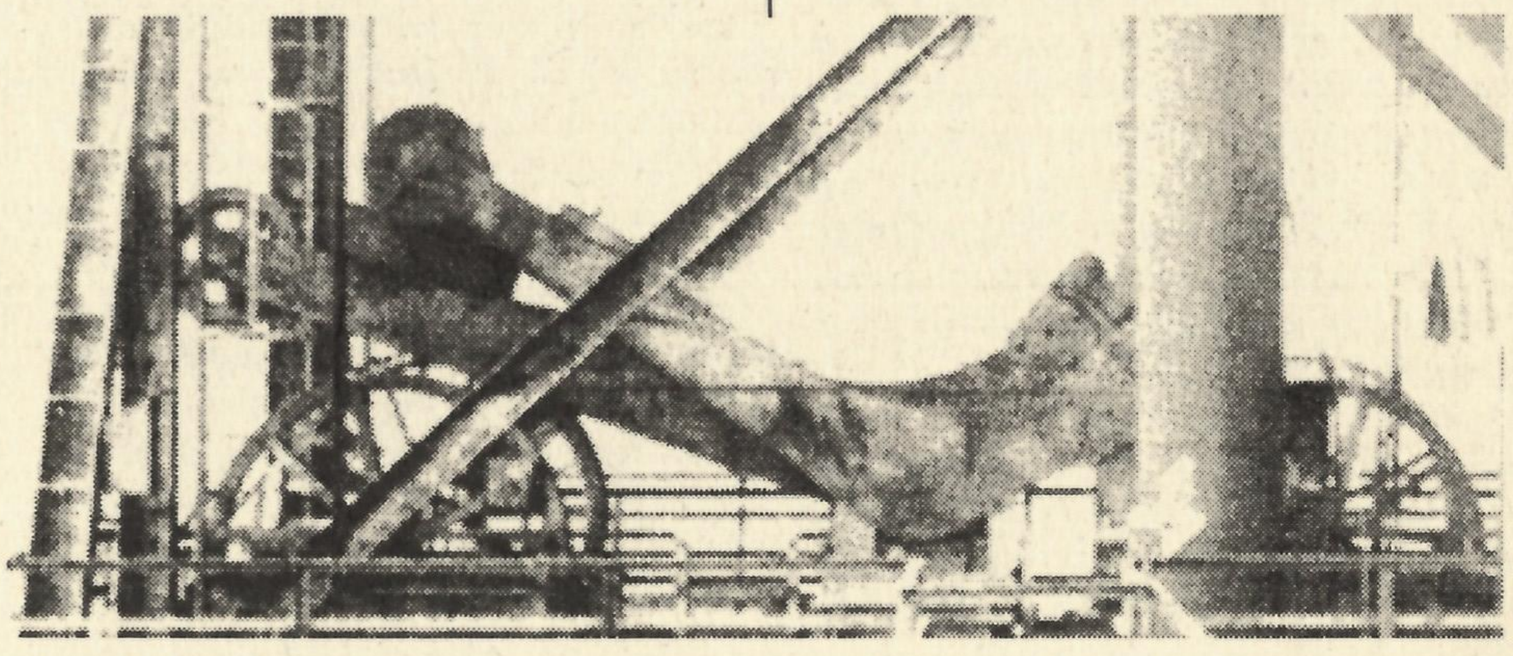
Genug der Vorrede!

This is not a love song

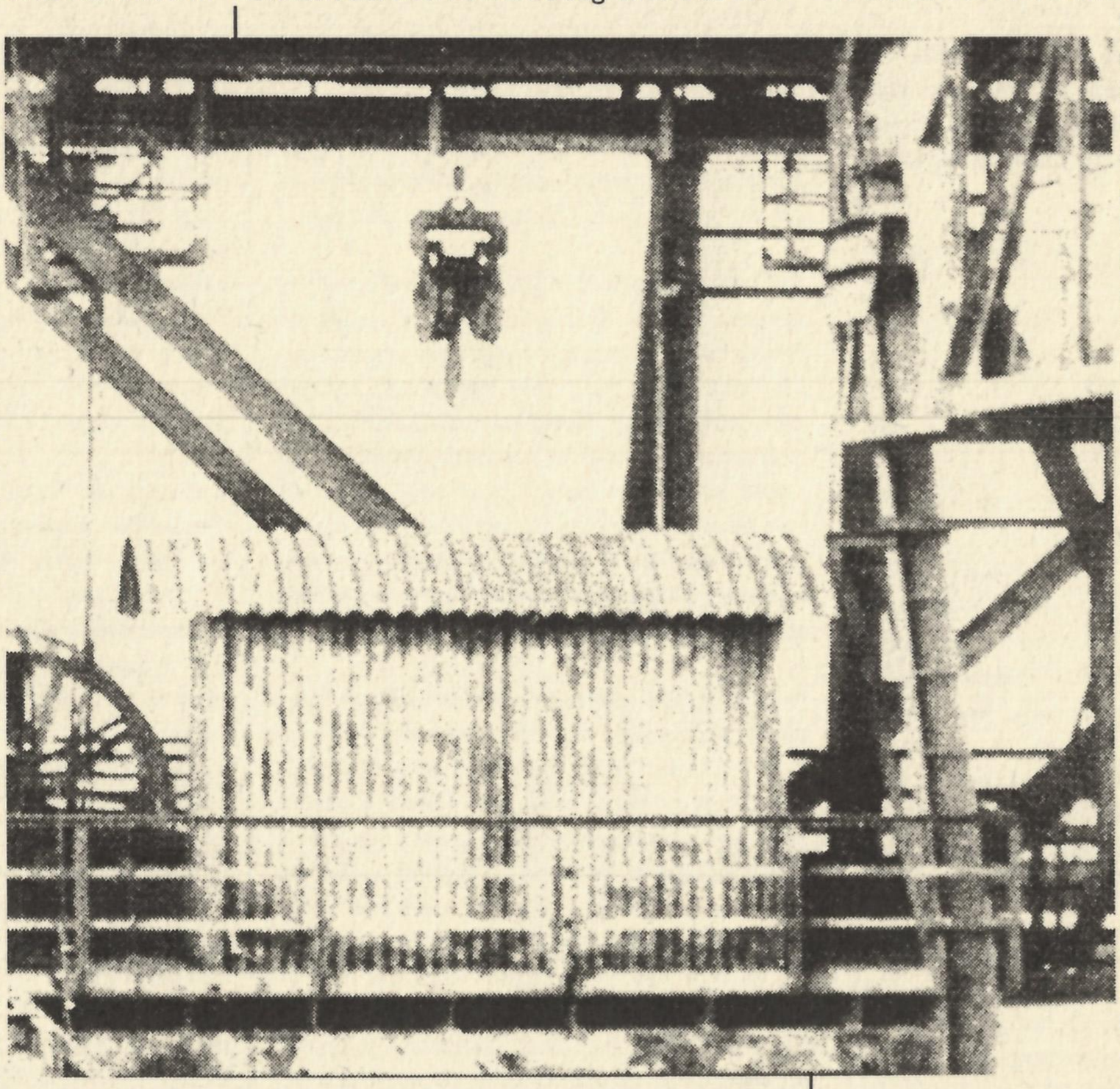
Kaum ein halbes Jahr ist es her, und wieder klappert die Atommafia mit ihrem wackligem Gebiß. Nach dem 2. Castor hätten's gern 110 weitere im Zwischenlager Gorleben. Mindestens einen größeren Transport will die Atommafia noch in diesem Jahr nach Gorleben bringen lassen, wieder mit einem ähnlichen Bullenaufgebot wie im Mai. Doch einige Bundesländer, wie Hessen und Niedersachsen sind nicht mehr bereit, jedesmal mehrere tausend Polizisten zur Verfügung zu stellen. „Verfassungsbruch" pocht die Atomindustrie, ihr Recht auf Profit sei im Grundgesetz verankert - auch wenn sie dabei über Leichen geht.

Dabei standen ihren Geschäftspartnern bei der Deutschen Bundesbahn noch vor kurzem die Schweißperlen im Gesicht, als umherschweifende Horden energisch an ihrer deutschen Pünktlichkeit nagten. Das waren ja Zustände wie in Lateinamerika. Kommt der Zug oder kommt er nicht? Fragten sich erschütterte Reisende, während derselbige auf offener Strekke bei Göttingen, Hannover oder Magdeburg ein Päuschen einlegte. Wurfanker, Barrikaden und Blockaden, zerknitterte Strommasten....
Unkalkulierbar war es im Land trotz Einsatz von 19.000 Staatsbütteln - dem größten Aufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik. 10.000 Störenfriede im Wendland, schwänzende Schülerinnen, staatsverdrossene RentnerInnen, eine aufmüpfige Bauernschaft und zum Demontieren von Gleisanlagen aufrufende Hausfrauen.
Noch am Morgen, als der Castor schon in Dannenberg auf dem Tieflader stand, überlegten die Herren, ob sie diesen nicht wieder heimschicken sollten (laut Polizeifunk).

Das Polittheater um den Castor wird wahrscheinlich trotz alledem noch einige Jahre so



weitergehen: Die Bosse aus der Atommafia nebst Stoiber in Bayern und Kohl in Bonn sehen den Standort Deutschland gefährdet, Schröder in Niedersachsen fürchtet um seine Wiederwahl, die SPD um ihre Glaubwürdigkeit in Sachen „Einstieg in den Ausstieg" etc. Es ist an der Zeit, daß wir Ihnen bei ihrer Entscheidungsfindung ein wenig nachhelfen!
Zu plump sind ihre Lügen, zu langweilig ihr Geschwätz, „Energiekonsensgespräche". Dramatisch ringen die Kasperlepuppen darum, ob der Startschuß für die neue Reaktorbrut schon heute oder erst im Jahre 2005 fallen darf.
Nach den 90 Millionen für den letzten Castor-Polizeieinsatz schlagen sie jetzt wieder den „Energiekonsens" vor. Aber mal ehrlich, für diesen Konsens lockt ihr doch keinen hinterm Ofen hervor, außer Siemens, RWE und die Deutsche Bank. Macht das mal unter euch aus, aber wundert euch nicht, wie ihr unseren Konsens um die Ohren gehauen kriegt.
Trotz massiver Regierungspropaganda, "Atomkraft ist total ungefährlich", sind sich ausnahmsweise Zweidrittel der Bevölkerung einig: „Euren Schiet wolln wir nicht" weder per Luft, per Wasser oder Bahn. Weder in Gorleben, Ahaus, Rußland, noch auf dem Südseeatoll oder auf dem Mars...



Sign of the Times

„Sofortige Abschaltung aller Atomanlagen" fordern viele, und meinen damit längst nicht dasselbe.
Die Grünen reden davon seit ihrer Gründung vor 17 Jahren, auch die PDS hat eine ähnliche Forderung im Programm und bei der SPD heißt das Parteiprogramm „Einstieg in den Ausstieg".
Viele Naturschutzverbände und Klimabündnisse verlangen den Ausstieg. Der BUND und die katholische Entwicklungsorganisation Misereor ließen eine umfangreiche Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" anfertigen und belegen darin noch einmal gründlich, warum auf „die Nutzung der Kernenergie verzichtet" werden sollte.
Doch Programme und Sonntagsreden wie am Tschernobyltag haben eine lange Weile. Wenn sie in die Niederungen der Realpolitik hinabsteigen, sind die Parteien eingebunden in den Druck der Wirtschaft und ihrer Klientel aus den Gewerkschaften (bei der SPD), und /oder der Regierungsverantwortung ihrer rot-grünen Koalition bzw. der Technolgiebejahung ihrer WählerInnen (so bei der PDS).
In Greifswald, auf dem Gelände des ehemals größten AKW's der DDR, wird ein großes Zwischenlager gebaut und dort soll möglichst der erste EPR-Reaktor gebaut werden, geht es nach dem Willen der SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Höchst pikant dabei ist, daß der Vorsitzende der SPD Ringsdorff schon die Möglichkeit einer Koalition mit der PDS ins Gespräch bringt. Die PDS vor Ort bejaht das neue Atomzentrum bei Greifswald. Die Halbwertzeit der Ausstiegsbeteuerung vieler hochrangiger PDS-Funktionäre scheint noch geringer zu sein als die bei den Grünen.
Gerade in der Frage des Ausstiegs übernehmen die Grünen in den Länderregierungen in Kiel, Wiesbaden und Düsseldorf die Rolle der FDP: Sie sind die neue (Öko-) Umfallerpartei. Im Bundestag ließen sie im November 1995 durch ihre Abgeordnete Hustedt verkünden "Verantwortung für die Endlagerung von Atommüll zu übernehmen", vorausgesetzt die Laufzeit der AKW's werde begrenzt. Das liest sich wie der Einstieg in den Ausstieg aus ihrer Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKW's. Der Europaabgeordneter Cohn-Bendit fabuliert bereits von der Notwendigkeit der Atombomben für eine westeuropäische Armee. Und dafür brauchen sie Uran und Plutonium aus Atomkraftwerken.

Viele Anti-AKW-Gruppen werden die Argumente der BUND-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" wegweisend finden. In der Wuppertaler Studie werden mit einer globalen Betrachtungsweise die ökologischen Folgen der Industriepolitik der Länder des Nordens betrachtet. Die Wuppertaler Wissenschaftler arbeiten heraus, wie die BRD ohne AKW's und ohne Klimakiller bei einem deutlich niedrigeren Energieverbrauch trotzdem ihr Wohlstandniveau halten kann, ohne daß die Schadstoffe in den Trikont verschoben werden.
Zugleich ist die Studie jedoch in der Frage der dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen reichlich naiv: Die Herrschaft von Kapitalismus und Patriarchat, die letztendlich erst die ökologische Katastrophe heraufbeschworen hat, wird nicht thematisiert.
Der Kapitalismus soll in „Unserem" Deutschland in einen Ökokapitalismus transformiert werden, die damit verbundenen einhergehenden Strukturveränderung mit neuen Massenentlassungen und Umverteilungskämpfen werden aber von den Wuppertalern nicht thematisiert. Stattdessen wird das Allheilmittel in der Ökosteuer gesehen.
Ob und wie das überhaupt gehen soll, „ganzheitliches Denken" dem Kapital beizubringen, diese spannende Frage wird ausgeklammert.
Weltweit 400 Atommeiler wollen erneuert werden, große Absatzmärkte warten im ostasiatischen Raum, ein riesiges Geschäft für Siemens, Westinghouse, Framatome, Mitsubishi. Die Atommafia ist kein nationales Problem.
In den Vorstandsetagen der deutschen Stromkonzerne werden derzeit verschiedene Geschäftsperspektiven entwickelt: Einerseits engagieren sich die großen wie VEBA und RWE mit milliardenschweren Investitionen im Bereich Telekommunikation, andererseits tobt der Streit zwischen den Stromkonzernen über die Frage, ob nach dem Ende der alten Atomreaktoren überhaupt noch eine neue Generation von Reaktoren benötigt wird, wie dem von Siemens und Framatome geplanten ‚noch sichereren' EPR-Reaktor. Einige Bosse spielen neuerdings mit dem Gedanken, die Atomkraft nach 2010 gänzlich fallen zu lassen, einfach weil andere, konventionelle Kraftwerke dann profitabler sind. Doch der Streit ist noch nicht ausgestanden, zumal dabei auch noch der Siemenskonzern ein Wörtchen mitreden dürfte.
Die Industriegiganten versuchen immer wieder, ihre Lobbypolitik zum Staatsinteresse zu erklären. Selbst wenn sie dort einmal scheitern, sind wir mit ihrer raffgierigen Energie in allen unseren Lebensbereichen konfrontiert. Das jüngste Beispiel dafür ist die Gen- und Biotechnologie, wo die Chemie und Saatgutkonzerne einerseits Milliarden von Forschungsgeldern abzocken und andererseits sich jegliche gesellschaftliche Einmischung in das Was, Wie und Warum ihrer Projekte verbitten.

Eat the Rich

Atomkraftwerke produzieren weltweit etwa 5% des anfallenden Energiebedarfs.
„Ein Nord-Amerikaner verbraucht doppelt soviel Energie wie ein Deutscher, dreimal soviel wie ein Schweizer oder Österreicher, 60 mal mehr als ein Inder, 160 mal mehr als ein Tansanier und 1100 mal mehr als ein Bewohner von Ruanda (Ostafrika). Die 6% Amerikaner auf der Erde verbrauchen mehr Energie als die zwei Drittel der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern" (Rudolf H. Strahin). Wenn uns jemand erklären kann, mit welchem Recht diese Verschwendung durchgesetzt wird, fressen wir unsere eigenen Wurfanker. Die Kosten menschlicher Arbeitskraft an der Herstellung eines Paar Nike-Sportschuhe liegt bei 0,1% der Gesamtkosten. Bei Vollbeschäftigung würden wir glatt in einem Ozean von Sportschuhen ersaufen... . Die Durchsetzung fast ausschließlicher maschineller Energie in der Produktion geht direkt auf Kosten von Millionen Menschen nicht nur in diesem Land und hat doch wenig mit dem hiesigen Anti-AKW-Kampf zu tun.
Fast genauso ausgeblendet unter uns ist die Frage, welche Art von Gütern da eigentlich hergestellt wird, wem da Bedürfnisse eingeredet werden und wer daran verdient.

Es ist zwar richtig, wenn manche sagen, daß die Erde genug Ressourcen hat, damit es allen gut gehen kann. Aber daraus zu folgern, daß alles nur ein mehr oder weniger großes Verteilungsproblem sei, ignoriert, daß es zum Wesen der marktwirtschaftlichen Demokratien gehört, Ausbeutung und Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Sonst funktioniert dieses System nämlich nicht.

Wieviele Ressourcen werden in der Gen- und Biotechnologie dafür aufgewendet, am menschlichen Erbgut zu manipulieren, Pflanzen und Tieren profitabler zu verwerten.
Mit welcher geballten Herrschaftsgewalt wird zur Zeit die Abschottung des reichen Europas vor Flüchtlingen durchgesetzt, die brutalste Abgrenzung vor den Menschen, die hierher kommen, wo der Ursprung ihrer Armut liegt. Das seit dem Ende des Realen Sozialismus sich noch schneller drehende Karussell der Globalisierung schleudert immer mehr Menschen auch auf der nördlichen Halbkugel in die Armut und beschert dem internationalen Großkapital immer neue Gewinnrekorde. Die Nationalstaaten bauen in gegenseitigen Wettlauf erkämpfte soziale Rechte ab. Die Skrupellosigkeit der Politik für die Reichen und Superreichen erinnert an die Zeiten des Frühkapitalismus im 19. Jahrhundert.
Unter dem Medientrommelfeuer für den ‚Standort Deutschland' wird hier gespart an Kindergärten, Jugendzentren, Ausbildung, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Projekten, Krankenversorgung. Der politische Roll-Back ist allerorts zu spüren: Die Arbeitszeit wird wieder verlängert, die Massenarbeitslosigkeit zu einer Naturkonstante erklärt und die Profite für die Konzerne und Vermögensbesitzer zum Staatsziel hochstilisiert. Zugleich wird das Geschick der Nation an die Existenz einer weltweit operierenden Bundeswehr gekoppelt. Der Umzug nach Berlin steht dabei für die Wiedererweckung deutscher Vormachtstellung in Europa und der Welt.

Von daher halten wir die Forderung nach sofortiger „Abschaltung aller Atomanlagen" - ohne Bezug auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung - für zu begrenzt, auch wenn sie allein schon unrealistisch erscheinen mag. Das „Kehren vor der eigenen Haustür" - z.B. Verschiffung des Atommülls ins Südseeatoll - geht wieder zu Lasten der Menschen im Trikont, ändert nichts am Kern der Sache.

We don't want just a piece of the cake - we want the whole fucking bakery!?

Wir behaupten immer noch, gerade auch nach dem Scheitern des Realsozialismus, daß ohne eine Überwindung des globalen Kapitalismus, der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse, der Anhäufung von Reichtum und Zentralisierung von Macht und Energie in den Metropolen, ein Ende der Unterdrückung und ein Überleben der Weltbevölkerung in Würde nicht möglich ist. Darüberhinaus wäre ein völlig neues Verständnis der Rolle von Wissenschaft und Technologie von Nöten. Die vorherrschende „objektive" Naturwissenschaft hat sich in Europa von Beginn an in den Dienst der (männlichen) Herrschaft gestellt und sie legitimiert. Das entfremdete Verhältnis des Menschen zu sich und zur Natur auflösen - diese Maxime muß mehr in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden.

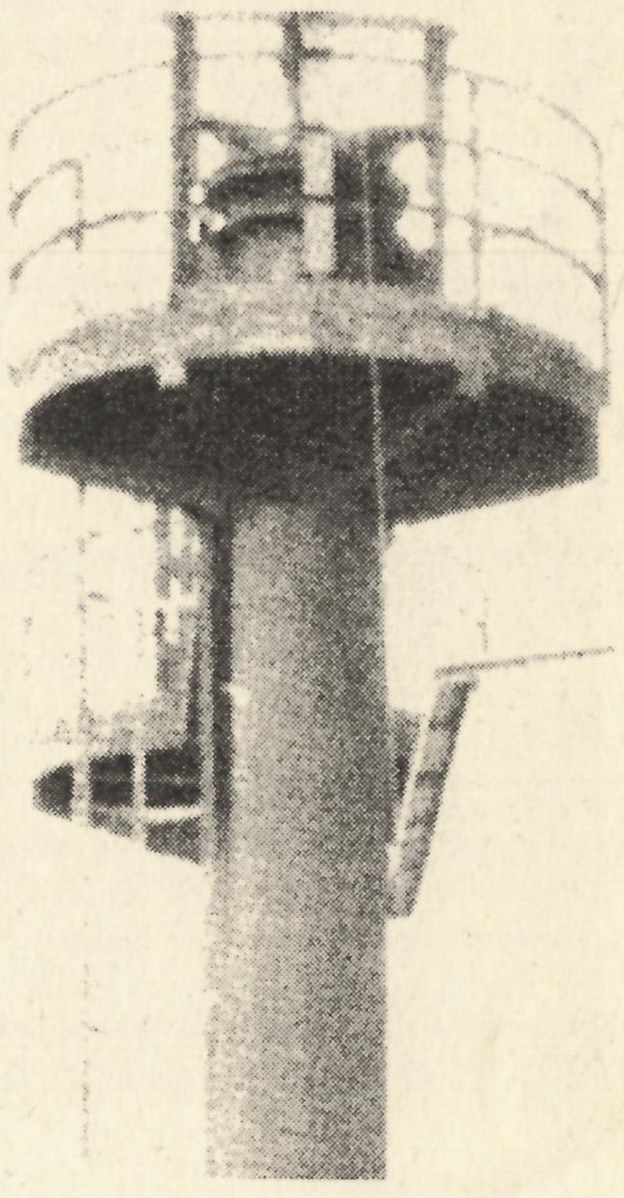
Ein energiepolitisch schlüssiges oder gar gesamtgesellschaftliches Konzept, um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen, haben wir nicht, zumal wir auch selbst an vielen Punkten ein Teil dieser gesellschaftlichen Verhältnisse sind - mitten drin stecken. Problematisch sehen wir in diesem Zusammenhang unsere eigene widersprüchliche Realität - unsere Krise zwischen radikaler Kritik und realer Konzeptlosigkeit. Ein schlechtes Konzept wie die Wuppertaler Studie wird deshalb aber für uns noch nicht zu einem gangbaren Weg!

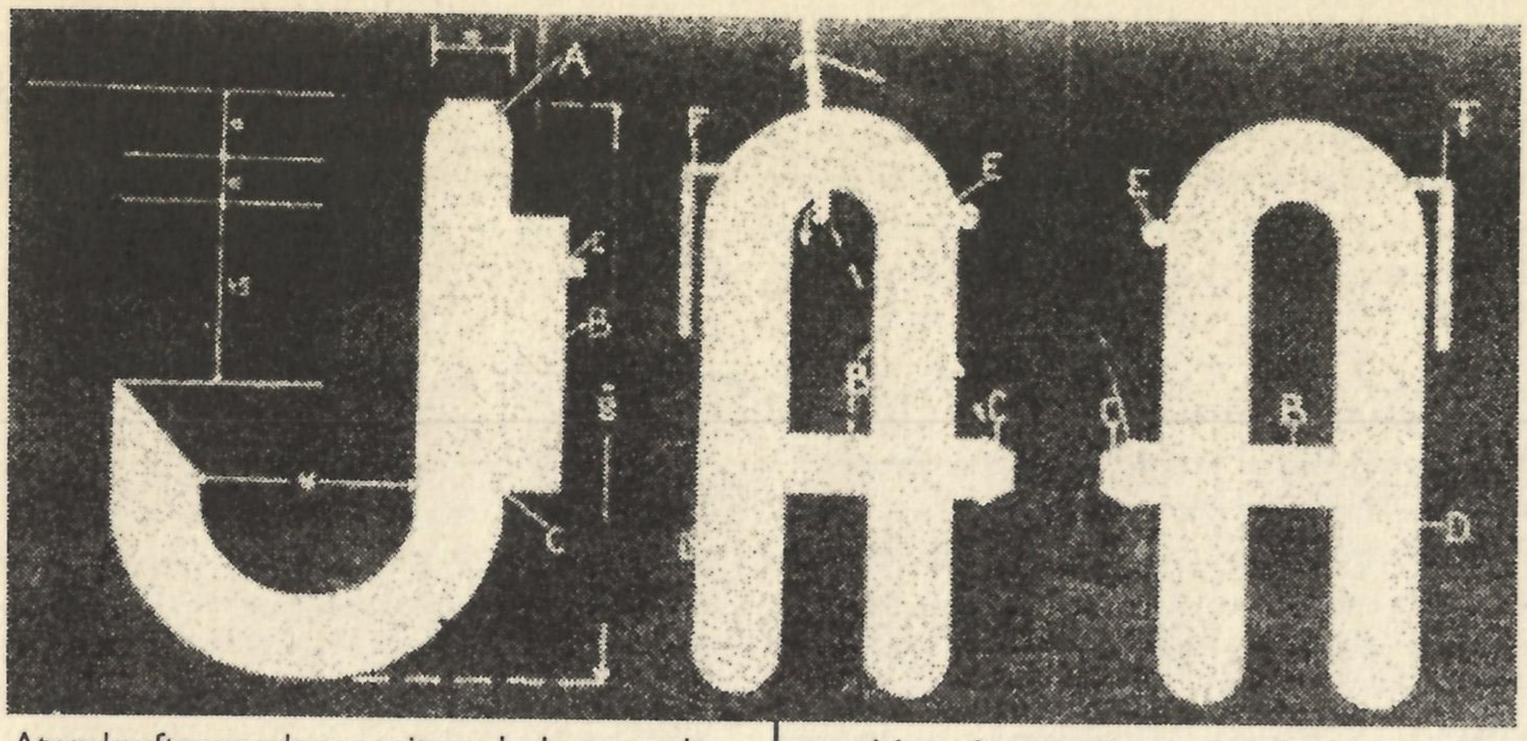
Wir denken, daß wir die Gesellschaftsstruktur nur verändern können, indem wir den Geist des Widerstandes bewahren: „Eine Chance zur Veränderung haben wir nur da, wo wir uns als Teil einer offenen Kollektivität begreifen, die sowohl im gesellschaftlichen Raum als auch untereinander kämpferisch, kritisch und solidarisch ist." (Aufruf zum Autonomie-Kongreß, Ostern 95)
Dafür gibt es allerdings keinen allein richtigen Weg, wir müssen immer wieder neue ausprobieren.

Die Bewegung gegen den Castor im Wendland ist seit dem letzten Transport so groß wie nie zuvor. Auf der anderen Seite ist die Mobilisierung zum Tag X zur Zeit die einzige, die eine relevante Gegenkraft zum Thema Atomenergie besitzt. Das Wendland und die Anti-Castor-Bewegung sind zwar ein großer Hoffnungsschimmer, um der Atommafia einmal wieder das Fürchten zu lehren, von einem Come Back der Anti-Atom-Bewegung kann aber noch nicht gesprochen werden - die ist unserer Einschätzung auch nicht in Sicht.

Der Kampf gegen den Castor ist für uns ein (weder kleiner doch entscheidender) Ansatzpunkt oder auch Versuch aktiv zu werden. Wir teilen mit vielen Castor GegnerInnen durchaus die Motivation an diesem Punkt gegen die menschenverachtende Atommacht und für eine ökologisch bewußtere Zukunft einzutreten. Wir betrachten diese Zielrichtung jedoch nicht isoliert von den Ursachen und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wir denken heute nicht, daß sich an der Castor- oder Atom-Frage, flachs gesagt, die „Revolution" entzündet - die System-Frage gestellt ist oder eben eine radikale gesellschaftliche Umwälzung entbrennt. Aber wir halten es für möglich an diesem Punkt Kapital und herrschende Politik ein Stück weit zurückzudrängen, um mit den vielen Menschen, mit denen wir hier gekämpft haben und zusammenkommen sind, an anderen Punkten weiterzumachen.
Wirschlagen vor...

...In nächster Zeit nach einem eigenen Rhythmus die Sabotage auf die Bahn zu konzentrieren, um damit im Vorfeld die Mobilisierungen zum Tag X gegen den Castor im Wendland zu unterstützen und am Castor die Atomfrage zuzuspitzen. Vorsorglich empfehlen wir der DB auf den Druck des folgenden Winter- und Sommerfahrplans zu verzichten. Wäre ja deprimierend, die häufigen Änderungen...
Wir haben mit dieser Aktion einen konkreten Schaden angerichtet, um die Bahn AG damit unter Druck zu setzen und so die Castor-Transporte zu stoppen. Der politische Schaden wird größer sein als der materielle, denn wir wissen, daß tausende von





AtomkraftgegnerInnen mit uns lachen werden. Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden.

WANN WENN NICHT JETZT?

„Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, wo ganz unten das Flugblattverteilen steht und ganz oben die bewaffnete Aktion." Dieser Satz der Revolutionären Zellen von 1980 zum Anti-AKW Kampf hat nichts an Gültigkeit verloren.

Wir wissen, daß die Bewegung für die „sofortige Abschaltung aller Atomanlagen" außerordentlich breit ist, daß es unterschiedliche Aktionsformen gibt und daß wir mit vielen der hier Aktiven oft nicht viel gemeinsam haben. Trotzdem begreifen wir uns als ein Teil davon.

Wir denken, daß militante Aktionen ein notwendiges Mittel sind, um in diesem Staat grundsätzliche Veränderungen zu erkämpfen. Mehr noch, die Bereitschaft zu militanter Aktion ist Voraussetzung, die eigene Würde zu wahren. Mit militanter Aktion meinen wir aber nicht nur die zerstörende Sabotage sondern jede Handlung, der eine entschieden systemablehnende und zugleich menschliche Haltung zu Grunde liegt. Ob wir dabei die bestehenden Gesetze ignorieren müssen, oder nicht, diktiert uns die Gegenseite. Widerstand, der sich voll und ganz auf dem Boden der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung" bewegt, hat in diesem Land der staatlichen Macht noch nie etwas abringen können.
Gesellschaftliche Gegenmacht wird ohne die militante Macht der illegalen Aktionen keine Ernstzunehmende sein.

Gleichzeitig verkennen wir nicht die Stärke der Anti-AKW-Bewegung: ihre Vielfältigkeit, ihre Toleranz und ihren Respekt vor den verschiedenen Aktionsformen. Diesen Respekt teilen wir, denn auch wir leben lange genug in diesem Land, um zu wissen daß die Schritte vom Unbehagen zum Protest und zum Widerstand nicht einfach sind. Jeder hier kennt die Angst, eine Unterschriftenliste zu unterschreiben, weil das auch nach Jahren noch Konsequenzen haben kann. Und doch muß es einen Punkt geben, an dem Courage gezeigt wird. Daß es genug Menschen in diesem Land gibt, die dazu bereit sind, haben wir im Wendland endlich wieder gesehen.
Wenn Tausende wie im Wendland erklären, „eure Gesetze befolgen wir nicht mehr", hat das politische Wirkung, wenn sich diese Leute dann auch aktiv zur Wehr setzen.

Leider ist bei dem aufgeplusterten Gehabe von manchen Autonomen von dieser Achtung gegenüber „gewaltfreiem Widerstand" wenig zu merken. An dieser Stelle kritisieren wir Teile der BI Lüchow-Dannenberg, die nach dem Tag X[2] die militanten Aktionen agents provocateurs der Bullen zuordneten. Sie unterstützten damit die Medienkampagne, dem militanten Widerstand jegliche Legitimität abzusprechen. Dies finden wir nicht gerade nützlich. Aus Angst vor der Stärke und zeitweilig sich immer wieder herstellenden Einigkeit der Anti-AKW-Bewegung lauern unsere Gegner immer auf Möglichkeiten der Spaltung und Befriedung.

We can get it if we really want

Wir sind ein Haufen Menschen, die sich entschlossen haben, ihre Würde zu erkämpfen. Und da die Mächtigen weder auf Argumente noch Proteste hören, außer wenn große Teile der Bevölkerung ihre Loyalität aufkündigen, müssen wir die Sprache sprechen, die sie verstehen. Und das ist eben die des Widerstandes und der direkten Aktion.

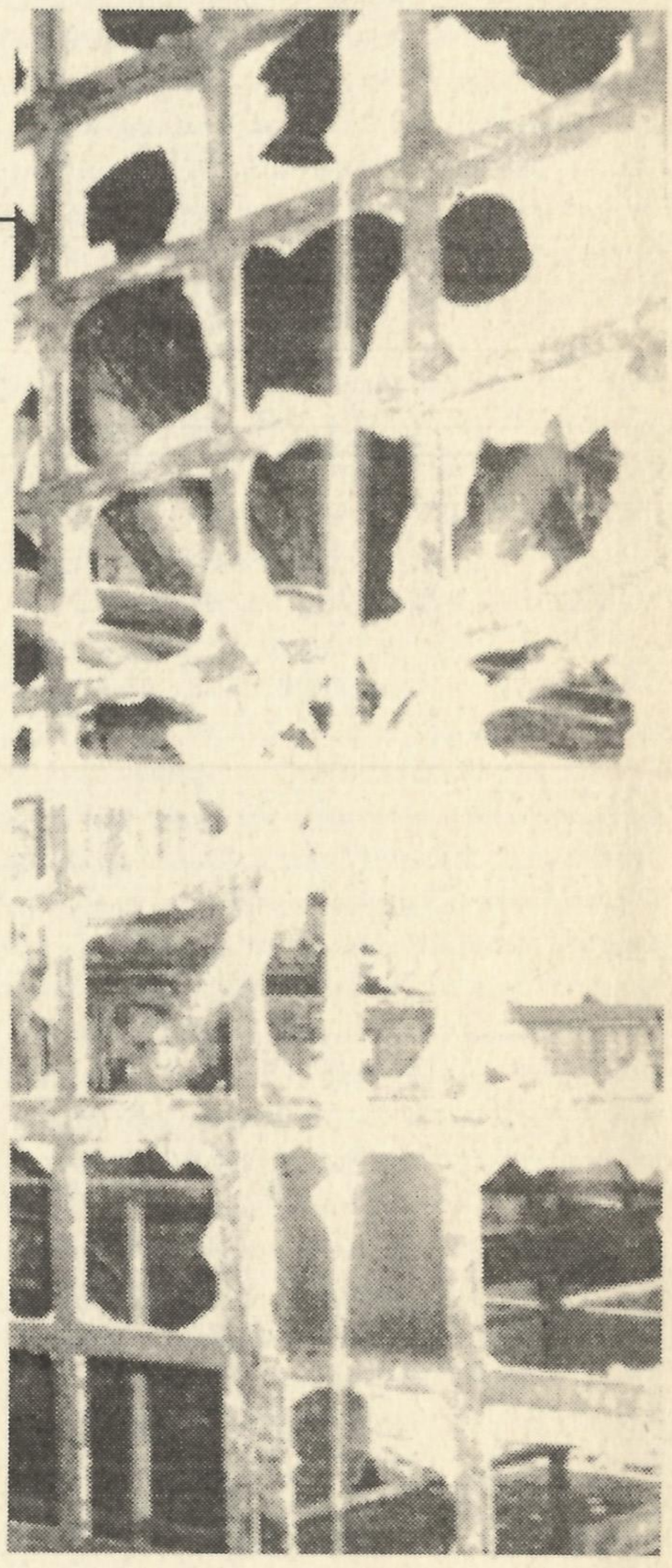
Wir sehen ganz viel Scheiße um uns herum und sind selbst weit davon entfernt, "Der Neue Mensch", zu sein. Aber wir belassen es nicht beim Sehen, sondern versuchen einzugreifen - gesellschaftlich, wie auch in unseren Strukturen oder bei unseren eigenen Persönlichkeiten. Das Wissen, aufgestanden zu sein, und es auch leben zu können, hat etwas befreiendes und läßt manchmal das Gefühl aufkommen, über anderen zu stehen.
Wenn wir nüchtern unseren gesellschaftlichen Einfluß betrachten, dann müssen wir feststellen, daß dieser gering ist und wir öfter mal „objektiv" in die Rolle hineinrutschen, der „militante Arm" der ReformpolitikerInnen, v.a. der der Grünen, zu sein. Auch wenn wir das „subjektiv" nie sein wollten und dies per Deklaration radikaler, revolutionärer Sichtweisen in unseren Papieren hinzufügten. Trotz der eigenen Unzulänglichkeiten und der immer wiederkehrenden Gefahr vereinnahmt zu werden, gilt es, die eigene Sprache nicht zu verlieren. Unsere Sprache, auch wenn wir sie uns immer wieder erkämpfen müssen, ist die der Zärtlichkeit und Solidarität untereinander und der Entschlossenheit im Kampf für eine menschliche Welt.

Zu hohl und abgedroschen? Dann anders:

„Autonome" zu sein, heißt für uns

• eine Vielfältigkeit der Mittel, daß wir unsere Aktionsformen sehr unterschiedlich auswählen, je nachdem was angesagt ist, was uns Spaß macht, was wir uns zutrauen, was unseren Wertmaßstäben entspricht, was andere um uns herum tun, was eine Bewegung von Widerständigen stärkt, was die Herrschenden verunsichert, ihren Plänen vielleicht sogar Einhalt gebietet, was ihre Schwächen zeigt wie auch ihre aufgeblasene Lächerlichkeit;

• daß Widerstand nicht so fürchterlich dogmatisch sein muß. Auf weitestgehende Selbstbestimmung legen wir jedoch großen Wert, sei es bei unseren Alltagsproblemen, Utopien und Hoffnungen oder auch bei unseren eigenen Widersprüchen. Wir lassen uns weder in unseren Aktionsformen noch in unserer Organisationsstruktur festlegen - lebendig für uns und unberechenbar für die Mächtigen, das ist unsere Devise!



Kurdistan • aktuell • Hintergrund • Einschätzung

"Erfolge" der türk. Armee Propagandalügen - Mord an 4 Lehrern Werk der Konterguerilla

Die bewaffneten Verbände der PKK, die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) hat mittlerweile verschiedene Berichte zur Lage in Nordwest-Kurdistan veröffentlicht. Aus ihnen geht übereinstimmend hervor, daß die türkischen Meldungen von hunderten gefallener GuerillakämpferInnen nichts als Propagandalügen sind. Vielmehr wird von einer großen Zahl erfolgreicher Aktionen berichtet, und davon, daß die türkische Armee in mehreren Gebieten sogar auf dem Rückzug ist.

Eindeutig und entschieden wies der Kommandant der ARGK gegnüber der türk. sprachigen Sendung von *BBC* am 1.10.96 die Behauptung zurück, die PKK stehe in Verbindung mit der Ermordung von 4 Lehrern im Dorf Tilhan der Kreisstadt Egil in der Region Diyarbakir. Er verurteilte die Ermordungen aufs schärfste und forderte die Entsendung einer internationalen Delegation zur Untersuchung der Vorfälle vor Ort. Außerdem wies er darauf hin, daß dieses Massaker genau zu dem Zeitpunkt durchgeführt wurde, in dem amnesty international eine Kampagne gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei begonnen habe. Er machte die Konter-Guerilla verantwortlich für die Morde und betonte, daß die ARGK keine Aktionen gegen ZivilistInnen durchführe und sich uneingeschränkt an die von ihr unterzeichnete Genfer Konvention halte.

Süd-Kurdistan

Nachdem die PUK von Jalal Talabani zunächst von der KDP mit Unterstützung irakischer Truppen aus Südkurdistan vertrieben worden war, hat sie mittlerweile die Stadt Süleymaniah zurückerobert. Die ehemals von ihr kontrollierte Stadt Erbil (Sitz des kurdischen Parlaments) wird nachwievor durch irak. Panzer geschützt. Nach letzten Meldungen soll unter Vermittlung von amerikanischer Seite ein Waffenstillstand vereinbart worden sein. Die Zivilbevölkerung der betroffenen Gebiete ist aber dennoch ständig Opfer der wechselnden Fronten in den Kämpfen dieser beiden Feudalorganisationen, die durch ihr Verhalten zunehmend ihre traditionelle Unterstützung in der Bevölkerung verlieren.

Erneut Massaker an politischen Gefangenen und landesweite Protesthungerstreiks

Am 24.September wurden die PKK-Gefangenen im E-Typ Gefängnis in Diyarbakir von von Militär, JITEM, Abschwörern und Wärtern angegriffen. Bei dem Angriff wurden 10 Gefangene ermordet und viele verletzt, 12 davon lebensgefährlich. Alle Beobachtungen (Vorbereitung und Verlauf) weisen darauf hin, daß es sich nicht um eine spontane Auseinandersetzung, sondern um eine geplante Mordaktion handelte, die die Vernichtungs- und Rachepolitik des türkischen Staates unterstreicht.

Das Massaker fand zu dem Zeitpunkt statt, zu dem sich der Staatspräsident Demirel persönlich in Diyarbakir aufhielt. Kurz vorher hatte der Faschisten-Chef Türkes öffentlich Drohungen gegen das kurdische Volk und die PKK geäußert. Und schließlich fand das Massaker an den Kriegsgefangenen der PKK wenige Tage nach der Freilassung von kriegsgefangenen türkischen Soldaten durch die PKK statt. Die freigelassenen Soldaten, ihre Angehörigen und Begleiter wurden übrigens sofort nach der Freilassung festgenommen. Gegen mehrere Politiker (auch staatstreue), die vorher mit der PKK verhandelt hatten, wurden Ermittlungsverfahren wegen PKK-Kontakten eingeleitet.

Mit einer gemeinsamen Erklärung der PKK, DHKP-C und 15 weiterer türk. Organisationen traten erneut über 10 000 politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik und Boykott der Gerichtsverhandlungen. Sie schickten außerdem einen offenen Brief an die UN, das Internationale Rote Kreuz, AGIT, die europ. Menschenrechtskommission und *amnesty international*, in dem diese aufgefordert werden für die Sicherheit des Lebens der Gefangenen in der Türkei und Kurdistan zu sorgen. Am 27.9. haben sich 3 Gefangene der PKK angezündet und hinterließen Briefe, in denen sie auch gegen die Angriffe auf das kurdische Volk und seine Institutionen wie Exilparlament und MED-TV protestierten. Trotz des Eigreifens von Mitgefangenen, waren ihre Verletzungen lebensgefährlich.

Am 9.10. sollen die Hungerstreiks in allen Gefängnissen beendet worden sein. Zuvor hat es auch außerhlb der Knäste in der Türkei Proteste vieler Organisationen gegeben, in denen z.B. der Rücktritt des amtierenden Justizministers gefordert wurde. In den Knästen haben die Aktionen teilweise zu erneuten Zusagen geführt.

BRD - Europa

Auch wenn einige Veranstaltungen der letzten Zeit nicht mit bürgerkriegsmäßigen Polizeiaufgeboten angegriffen worden sind, so ist das unbedingte Ziel bundesdeutscher Politik nachwievor die Zerschlagung kurdischer Strukturen. Letzten Monat wurde kurz über die Angriffe auf MED-TV und das Exilparlament berichtet. Die Verhafteten sitzen nachwievor in Untersuchungshaft und Geräte und Räume sind nicht zurückgegeben worden. Zur Zeit wird außerdem versucht den Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor) als Tarnorganisation der PKK zu diskreditieren. Für die propagandistische Vorarbeit sorgt wieder mal *Focus*. In Süddeutschland, speziell um Stuttgart, werden weiterhin Großrazzien und Verhaftungen gegen alle Strukturen durchgeführt, die sich mit dem Befreiungskampf solidarisieren.

Anton, AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen"

Reihe

Ausgewählte Schriften

"...Denn das allerwichtigste ist, daß sich den Hindernissen des aktuellen, alltäglichen Lebens nicht gebeugt wird, da diese Hindernisse nicht mehr akzeptabel sind. Sich täglich gegen diese Hindernisse zu stellen und aufzulehnen, ist für einen Menschen vielleicht viel wertvoller, als das Brot, das Wasser und die tägliche Luft. Das was die PKK täglich leben läßt, ist der Wille und das vehemente Bedürfnis nach menschlichen Eigenschaften..." (Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, Heft 1)

Heft 1
Der 1.Mai, der Sozialismus und die sich entwickelnde universelle Lösung innerhalb der PKK.
Abdullah Öcalan

Heft 2
Gedanken über die Nationale Befreiung und den Sozialismus.
M. Can Yüce

Bestelladresse:
- Internationale Schriften -
c/o Brigitten Str. 5
20359 Hamburg

An:

Die Nationale und Internationale Zivilgesellschaft

Von: Sub Marcos

Werte Dame,

Ich weiß nicht, ob Sie sich an uns erinnern. Wir lernten uns im Januar 1994 kennen. Seit damals haben Sie und wir versucht, uns zu treffen, miteinander zu sprechen und uns gegenseitig zuzuhören. Es ist nicht immer einfach gewesen, das ist richtig. Oft sind wir nicht zusammengetroffen, sondern eher zusammengestoßen. Aber ... : Erinnern Sie sich an diesen 12. Januar, als Sie wütend wurden und die Feuerpause durchsetzten, auf die die Regierung jetzt stolz als ein „Zeichen ihrer politischen Reife" verweist. Und wie war das noch bei den Dialogen in der Kathedrale von San Cristóbal? Ja, bei den Friedensgürteln. „Ah, und die Karawanen!" Danach der Rausch an jenem 8. August beim CND in Guadalupe Tepcyac, das heute von den Militärs besetzt gehalten wird. Und später, und trotz der „Fehler vom Dezember" und der Pressekampagne, brachten Sie im Februar 1995 wieder alles zum Erschüttern und zwangen die Regierung zum Dialog. Erinnern Sie sich an die Befragung? Und an unsere Antwort auf die Befragung? Und danach, als wir Sie einluden, sich an den Tisch 1 in San Andrés zu setzen, der Foro Nacional Indígena, und die Regenbögen, die den Boden bemalten. Und vor nicht zu langer Zeit, das amerikanische kontinentale Treffen, der Tisch 2, das Sonderforum und vor kurzem das intergalaktische Treffen. Erinnern Sie sich nun? Ja, wir sind die Zapatistas. Gibt es etwas, gnädige Frau, was wir gesagt und nicht eingehalten haben?

Für eins müssen wir dem Auftauchen der EPR und der zunehmenden Eskalierung ihrer propagandistischen und militärischen Aktionen dankbar sein. Es ist nun nämlich klar geworden, daß es nicht die Waffen und pasamontanas sind, die die Zapatistas von anderen politischen Organisationen unterscheiden. Was uns unterscheidet, ist unser politischer Vorschlag. Die politischen Organisationen, egal ob es Parteien der Rechten, der Mitte, der Linken oder revolutionäre Volksparteien sind, wollen die Macht. Die einen durch Wahlen, die anderen durch Lüge und Betrug, andere durch die Waffen. Die einen und die anderen erklären sich zu unseren Führern und rufen uns auf, ihnen zu folgen und sie zu unterstützen, damit sie an der Macht bleiben, sie die Macht ablösen oder die Macht ergreifen. Die einen und die anderen versprechen, daß sie unsere Zukunft zu unserer Zufriedenheit lösen werden.

Wir nicht. Wir wollen nicht, daß andere mehr oder weniger von der Rechten, mehr oder weniger von der Mitte oder mehr oder weniger von der Linken für uns entscheiden. Wir wollen direkt an den Entscheidungen teilnehmen, die uns angehen, unsere Regierenden kontrollieren, aus welchen politischen Reihen sie auch kommen mögen, und sie dazu zwingen, „gehorchend zu befehlen". Wir kämpfen nicht für die Ergreifung der Macht, wir kämpfen für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Unser politischer Vorschlag ist der radikalste, den es in Mexico gibt (vielleicht sogar auf der Welt, aber das ist etwas voreilig). Er ist so radikal, daß das gesamte traditionelle politische Spektrum (die Rechte, Mitte, Linke und die anderen vom einen oder anderen Extrem) uns kritisieren und sich von unserem „Delirium" distanzieren.

Es sind nicht die Waffen, die uns Radikalität verleihen, es ist die neue politische Praxis, die wir vorschlagen und zu der wir uns gemeinsam mit Tausenden von Frauen und Männern in Mexico und auf der Welt verpflichtet haben: der Aufbau einer politischen Praxis, die nicht auf die Ergreifung der Macht abzielt, sondern auf die Organisierung der Gesellschaft. Intellektuelle und politische Führer aller Formate, der Ultrarechten, der Rechten, der Mitte, der Linken, der Ultralinken, national und international, haben diesen unseren albernen Einfall kritisiert. Wir sind so radikal, daß wir noch nicht einmal einen Platz zwischen den Parametern der modernen „Politikwissenschaften" finden. Wir spielen uns nicht etwa auf, gnädige Frau, wir weisen nur auf eine Tatsache hin. Gibt es etwas Radikaleres als die Absicht, die Welt zu verändern? Sie wissen das, weil Sie mit uns diesen Traum teilen und weil, die Wahrheit sei wiederholt, wir ihn gemeinsam träumen.

Nun versuchen sie, uns in eine würdelose Sackgasse zu treiben.

Sie wollen, daß wir die Erniedrigungen der als Regierungsdelegierte verkleideten Rassisten akzeptieren. Sie wollen, daß wir Almosen akzeptieren und weiter in der Rolle der Bittsteller bleiben. Sie wollen, daß wir

den Dialog und den Frieden zu einer Pantomime werden lassen. Sie wollen, daß wir die Rolle der „Guten" gegen die „Bösen" akzeptieren. Sie wollen, daß wir uns verkaufen. Sie wollen, daß wir uns ergeben. Wer „sie"? Dieselben, die Sie jeden Tag betrügen wollen und die jetzt Terror und Ordnung versprechen, um ihre Finanzmärkte zu beruhigen.

Werte Frau, haben wir recht, wenn wir uns jetzt allein fühlen? Alle diese politischen und sozialen Kräfte, die Persönlichkeiten und Leiter, die unsere Einladung annahmen, gemeinsam und in Frieden ein neues Land aufzubauen, befinden sich heute auf anderen Wegen und ohne uns. Sind wir nun nicht mehr nützlich? Dienen wir zu nichts mehr? Möge es sein, wie es will. Wir haben zumindest die Befriedigung erfahren, neue Räume der Diskussion und des Denkens in Mexico und auf der Welt geöffnet zu haben. Was wir bisher auf nationaler und internationaler Ebene erreicht haben, ist beileibe nicht wenig, und ist durch Sie ermöglicht worden, gnädige Frau. Sollte nun unsere Zeit abgelaufen sein, dann möge es eben so sein.

Aber Sie müssen weitermachen, glauben Sie denen nicht, die Ihnen Anpassung und Angst anbieten. Und vergessen Sie nicht, gnädige Frau, Sie dürfen vor allem nicht vergessen.

Wissen Sie was? Soeben erinnere ich mich daran, daß ich Ihnen drei Begriffsklärungen schulde (oder waren es vier?). Das fahrende Rittertum bestimmt, daß die Schulden beglichen werden müssen, vor allem wenn der Kreditrahmen fast ausgeschöpft ist. Also:

Bundessoldaten: Die Regierung hat Soldaten. Das indigene Volk hat Soldaten. Eine dunkle Haut haben die Regierungssoldaten. Dunkelhäutig sind die indigenen Rebellensoldaten. Sie scheinen gleich zu sein, die Soldaten der Regierung und die bewaffneten Indigenen. Aber die Soldaten der Regierung schießen nach unten, dort wo die Unsrigen sind. Die rebellischen Indigenen schießen nach oben. Nicht um Regierungen zu töten, sagen sie. Damit die Geschichte erwacht, rufen sie.

Verarschte: Die Mächtigsten der Mächtigen üben eine kuriose Demokratie aus, die Demokratie der Geringschätzung. Für sie gibt es weder Indios noch Mestizen, weder Weiße noch Schwarze. Für die Mächtigen haben die anderen nur einen Namen: Verarschte.

Jemand: Jemand ist immer jemand. Jemand ist manchmal drei Jemande: einer, der er war, einer, der er ist, einer, der er sein wird. Jemand ist bei anderen Gelegenheiten der, der er den anderen zufolge sein soll. Heute ist jemand niemand. In dem Morgen, daß wir erträumen, wird jemand jemand sein.

Auftrag erfüllt.

Verzeihen Sie bitte, freundliche Dame, wenn dieser Brief wieder in einige dieser Albernheiten abgerutscht ist, die meine Literaturkritiker (wovon es einige gute gibt) und die ernsthaften Revolutionäre zur Verzweiflung treiben. Sie müssen wissen, daß Olivio sein Fußball geplatzt ist und er mitbekommen hat, daß ich ihn durch einen dieser Monde ersetzen wollte, die dort oben die Runde drehen, ohne daß sie jemand nicht einmal liebkost. So stieg ich also mit Hilfe des Pfeifenrauchs auf den Kapokbaum, und als ich bereits oben angelangt war und überlegte, wie ich ihn erreichen sollte, fiel mir ein, daß vielleicht just in diesem Augenblick und an einem anderen Ort jemand anderes auch diesen vollen Mond betrachtete, und da verstand ich, daß der Mond, wie das Morgen, niemandem gehört und damit allen. Dies teilte ich auch Olivio von oben schreiend und Zeichen gebend mit. Es war nutzlos, denn während ich den Kapokbaum hochkletterte, nutzte Olivio die Gelegenheit, mir einige Plätzchen zu stehlen, um darauf mit der gleichen Geschicklichkeit wie Carlos Salinas de Gortari die Flucht zu ergreifen. Habe ich es Ihnen nicht gesagt? Ich habe schon immer gedacht, daß dieses Kind das Zeug zum Präsidenten hat oder zumindest zum Präsidentenbruder.

Wo war ich stehengeblieben? Ah ja! Olivio ging, und ich blieb dort oben, rauchend und wartend und davon träumend, daß eine andere Wolke als die über mir schwebende sich zu mir herabbeugen möge, um meinen Wunsch und die Asphyxie zu lindern...

Nun gut, werte Dame, ich möchte Sie nicht länger belästigen. Ich wollte Ihnen nur sagen, was ich bereits gesagt habe, und Sie daran erinnern, daß wir hier sind, daß wir dieselben sind und daß wir, wiederhole ich, hinter uns ihr sind.

Machen Sie es gut. Grüße, und denken Sie daran, daß für den Tanz und die Liebe nur ein Partner und ein Lied nötig sind. Alles andere, das können Sie mir glauben, ist eher eine verzichtbare Zierde. Übrigens: Darf ich Sie um diesen Tanz bitten?

Von der Höhe irgendeines Kapokbaumes in den Bergen des mexikanischen Südostens.

Der Sub,
der sich nicht eingestehen will,
daß er nicht weiß, wie er
wieder runterkommen soll.

Chiapas, Mexiko, den 30. August 1996.

Seit Januar 1995 wurden in den USA über 90 afroamerikanische Kirchen meist durch Brandstiftung zerstört. Einige wenige Attentate wurden Ku-Klux-Klan Mitgliedern nachgewiesen.

Folgender Text ist einer von vielen Beiträgen meist afroamerikanischer AutorInnen aus dem Buch „In defense of Mumia", einer Solidaritätsaktion von DichterInnen, KünstlerInnen und politischen FreundInnen von Mumia Abu-Jamal gegen seine Todesstrafe und gegen die politische Repression in den USA. Das Buch gibt es jetzt für einen sehr günstigen Preis z.B. auf dem Donnerstagsbüchertisch in der Uni, doch - keine Angst - nur wenige Texte sind in so einem anspruchvollem Englisch geschrieben. Aber nicht nur Werbung ist der Grund für den Abdruck, sondern auch Toni Morrisons gelungener Versuch, den Zusammenhang zwischen Rassismus und Faschismus am Beispiel der Situation der Schwarzen in den USA aufzuzeigen. Trotz des Bezuges auf die us-amerikanische Situation sehen wir dies auch als einen Beitrag zu der noch nicht geführten Diskussion im alhambra, wie ein Zusammenhang zwischen Rassismus, Faschismus und Kapitalismus, hier besonders in Zeiten des Sozialabbaus, theoretisch und praktisch zu fassen ist. Toni Morrison ist Pulitzerpreis- und Nobelpreisträgerin für Literatur (1993) und lehrt als eine der wenigen schwarzen Frauen an einer Elite - Universität (Princeton).

Vielen Dank an Hobbes für die Hilfe bei der Übersetzung. *Calvin*

TONI MORRISON

Racism and Fascism

Let us be reminded that before there is a final solution, there must be a first solution, a second one, even a third. The move toward a final solution is not a jump. It takes one step, then another, then another. Something, perhaps, like this:

1. Construct an internal enemy, as both focus and diversion.
2. Isolate and demonize that enemy by unleashing and protecting the utterance of overt and coded name -calling and verbal abuse. Employ ad hominem attacks as legitimate charges against that enemy.
3. Enlist and create sources and distributors of information who are willing to reinforce the demonizing because it is profitable, because it grants power and because it works.
4. Palisade all art forms; monitor, discredit or expel those that challenge or destabilize processes of demonization and deification.
5. Subvert and malign all representatives of and sympathizers with this constructed enemy.
6. Solicit, from among the enemy, collaborators who agree with and can sanitize the dispossession process.
7. Pathologize the enemy in scholarly and popular mediums; recycle, for example, scientific racism and the myths of racial superiority in order to naturalize the pathology.
8. Criminalize the enemy. Then prepare, budget for and rationalize the building of holding arenas for the enemy—especially its males and absolutely its children.
9. Reward mindlessness and apathy with monumentalized entertainments and with little pleasures, tiny seductions: a few minutes on television, a few lines in the press; a little pseudo-success; the illusion of power and influence; a little fun, a little style, a little consequence.
10. Maintain, at all costs, silence.

In 1995, racism may wear a new dress, buy a new pair of boots, but neither it nor its succubus twin fascism is new or can make anything new. It can only reproduce the environment that supports its own health: fear, denial and an atmosphere in which its victims have lost the will to fight.

The forces interested in fascist solutions to national problems are not to be found in one political party or another, or in one or another wing of any single political party. Democrats have no unsullied history of egalitarianism. Nor are liberals free of domination agendas. Republicans have housed abolitionists and white supremacists. Conservative, moderate, liberal; right, left, hard left, far right; religious, secular, socialist—we must not be blindsided by these Pepsi-Cola, Coca-Cola labels because the genius of fascism is that any political structure can host the virus and virtually any developed country can become a suitable home. Fascism talks ideology, but it is really just marketing—marketing for power. It is recognizable by its need to purge, by the strategies it uses to purge and by its terror of truly democratic agendas. It is recognizable by its determination to convert all public services to private entrepreneurship; all nonprofit organizations to profit-making ones—so that the narrow but protective chasm between governance and business disappears. It changes citizens into taxpayers—so individuals become angry at even the notion of the public good. It changes neighbors into consumers—so the measure of our value as humans is not our humanity or our compassion or our generosity but what we own. It changes parenting into panicking—so that we vote against the interests of our own children; against *their* health care, *their* education, *their safety* from weapons. And in effecting these changes it produces the perfect capitalist, one who is willing to kill a human being for a product—a pair of sneakers, a jacket, a car—or kill generations for control of products—oil, drugs, fruit, gold.

When our fears have all been serialized, our creativity censured, our ideas „marketplaced," our rights sold, our intelligence sloganized, our strength downsized, our privacy auctioned; when the theatricality, the entertainment value, the marketing of life is complete, we will find ourselves living not in a nation but in a consortium of industries, and wholly unintelligible to ourselves except for what we see as through a screen darkly.

★

Rassismus und Faschismus

Wir sollten daran denken, daß es vor einer Endlösung eine erste, eine zweite und sogar eine dritte Lösung geben muß. Die Bewegung hin zu einer entgültigen Lösung ist kein Sprung. Es ist ein erster Schritt notwendig, dann noch einer, dann noch einer. Vielleicht in etwa so:

1. Konstruiere einen inneren Feind, sowohl als Brennpunkt wie auch zur Ablenkung.
2. Isoliere und dämonisiere diesen Feind durch die Entfesselung und den Schutz unverholener Äußerungen, Verleumdungen und sprachlicher Beschimpfungen. Setze Anklagen gegen die jeweilige Persönlichkeit des Menschen als legitimes Mittel gegen den Feind ein.
3. Erstelle eine Liste und schaffe Quellen und Verteiler von Informationen, die gewillt sind, den Dämonisierungsprozess voranzutreiben, weil es profitabel ist, weil es Macht verleiht und weil es funktioniert.
4. Sperre die freien Künste ein; beobachte, diskreditiere und stoße die aus, die den Prozeß der Dämonisierung und der Verherrlichung ändern oder destabilisieren könnten.
5. Zerstöre und verleumde die, die den konstruierten Feind repräsentieren oder mit ihm sympathisieren.
6. Werbe unter diesem Feind Kollaborateure an, die dem Enteignungsprozeß zustimmen und die ihn reinwaschen.
7. Pathologisiere den Feind in der Wissenschaft und in öffentlichen Medien; zum Beispiel durch die Wiederbelebung von wissenschaftlichem Rassismus und der Mythen von der Überlegenheit der Rasse, um dadurch diese Pathologie gesellschaftsfähig zu machen.
8. Kriminalisiere den Feind. Plane, schaffe die Mittel und begründe den Bau von Verwahranstalten für den Feind - besonders für seine Männer und unbedingt für seine Kinder.
9. Belohne Besinnungslosigkeit und Apathie mit gigantischer Unterhaltung und mit kleinen Vergnügungen, winzigen Verführungen: ein paar Minuten im Fernsehen, ein paar Zeilen in der Presse, ein kleiner Pseudoerfolg; der Illusion von Macht und Einfluß; ein bischen Spaß; ein bischen life-style, ein bischen Wirkung.
10. Bewahre - unter allen Umständen - Ruhe.

Im Jahr 1995 mag der Rassimus ein neues Kleid tragen, sich neue Schuhe kaufen, aber weder er noch sein teuflischer Zwilling Faschismus ist neu oder kann etwas neu machen. Er kann nur das Umfeld wiederherstellen, das seine eigene Gesundheit erhält: Angst, Ablehnung und eine Atmosphäre, in der seine Opfer den Willen verloren haben zu kämpfen.

Die Kräfte, die an faschistischen Lösungen für nationale Probleme interessiert sind, findet man weder in dieser oder jener politischen Partei, noch in diesem oder jenem Flügel einer einzelnen politischen Partei. Demokraten haben keine unbefleckte Geschichte von Gleichheit. Noch sind Liberale frei von Herrschaftsabsicherungen. Republikaner beherbergen Abolitionisten[1] und weiße Rassisten. Konservativ, gemäßigt, liberal; rechts, links, linksradikal, rechtsextrem; religiös, weltlich, sozialistisch - wir sollten uns nicht von diesen Pepsi-Cola, Coca-Cola Etiketten blenden lassen, da der Geist des Faschismus so beschaffen ist, daß jede politsche Struktur ihn beherbergen kann und daß praktisch jedes entwickelte Land ein geeigneter Nährboden für ihn ist. Faschismus täuscht Ideologie vor, aber in Wirklichkeit dient er nur der Vermarktung, der Vermarktung von Macht. Er ist an der Notwendigkeit von Säuberungsaktionen, an den Mitteln, die er für diese einsetzt, und an dem Terror, den er gegen wahre demokratische Verfahrensweisen ausübt, erkennbar. Er ist erkennbar an der Notwendigkeit, alle öffentlichen Einrichtungen in private Unternehmen umzuwandeln; an der Umwandlung von nicht auf Gewinn abzielenden Einrichtungen in profitorientierte - so daß der enge, aber schützende Spalt zwischen politischer Herrschaft und Business verschwindet. Er verwandelt Bürger in Steuerzahler - so daß der Einzelne schon bei der bloßen Erwähnung von Kosten für die Allgemeinheit wütend wird. Er verwandelt Nachbarn in Konsumenten, so daß der Maßstab für unseren Wert als Mensch nicht unsere Menschlichkeit oder unser Mitgefühl oder unsere Großzügigkeit ist, sondern was wir besitzen. Er verwandelt elterliche Fürsorge in Panik - so daß wir gegen die Interessen unserer Kinder stimmen; gegen *ihre* Gesundheitsvorsorge, *ihre* Bildung, *ihre* Sicherheit vor Waffen. Und dadurch, daß er diese Verwandlungen bewirkt, schafft er den perfekten Kapitalisten, jemand, der bereit ist, einen Menschen für ein Produkt umzubringen - für ein Paar Turnschuhe, eine Jacke, ein Auto - oder jemand, der für die Kontrolle über Produkte wie Öl, Drogen, Früchte oder Gold Generationen tötet.

Dann, wenn unsere Ängste serienmäßig produziert worden sind, unsere Kreativität zensiert wurde, unsere Ideen zu Markte getragen wurden, unsere Rechte verkauft wurden, unsere Intelligenz in Schlagwörter gepreßt wurde, unsere Stärke klein gemacht wurde, unsere Intimität versteigert wurde; dann, wenn das Theatralische, der Unterhaltungswert, die Vermarktung des Lebens komplett ist, dann werden wir uns nicht in einer Nation, sondern in einem Industriekonsortium wiederfinden, wo wir von uns selbst nichts mehr verstehen mit der kleinen Ausnahme dessen, was wir wie auf einem dunklen Bildschirm sehen.

[1]Abolitionismus: Im 18./19. Jahrhundert Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei in Großbrittanien und der USA.

Reverend Lewis, 93, Pastor der Little Zion Baptist Church, vor seiner wiederaufgebauten Kirche in Boligee, Alabama.

Das letzte Wort...

im Prozeß um den zerstörten REP-Tisch ist u.U. bereits gesprochen. Am 5. August diesen Jahres verkündete das Landgericht Oldenburg, daß es nicht bereit sei, die Berufung, die der angeklagte Antifaschist Wolfgang N. gegen seine Verurteilung vor dem Amtsgericht eingelegt hatte, anzunehmen. Mit den Worten „die Entscheidung ist unanfechtbar" schloß der betreffende Richter den Bescheid.

Zur Vorgeschichte: Vor mehr als zweieinhalb Jahren, während des Wahlkampfes zur niedersächsischen Landtagswahl, wollte der kurz zuvor in Erscheinung getretene Ortsverband der 'Republikaner' mit einem Infostand in der Fußgängerzone seinen rechten, rassistischen Dreck unter die Leute bringen. Interessanterweise hatten sie zu ihrem Schutz die beiden bekannten Oldenburger Stiefelfaschos Tim Binar und Torben Stekker angeworben - ein Indiz dafür, daß sich hinter den 'Republikanern' auch organisatorisch mehr verbirgt als nur rechtskonservative Spießer. Einige entschlossene AntifaschistInnen bereiteten diesem Spuk schnell ein Ende, indem sie braune Farbe über die Flugblätter und Broschüren gossen und den Stand niedertraten. Nur unter Sicherheitsvorkehrungen konnten die z.T. aus Nordrhein-Westfalen angereisten Reps den Ort verlassen.

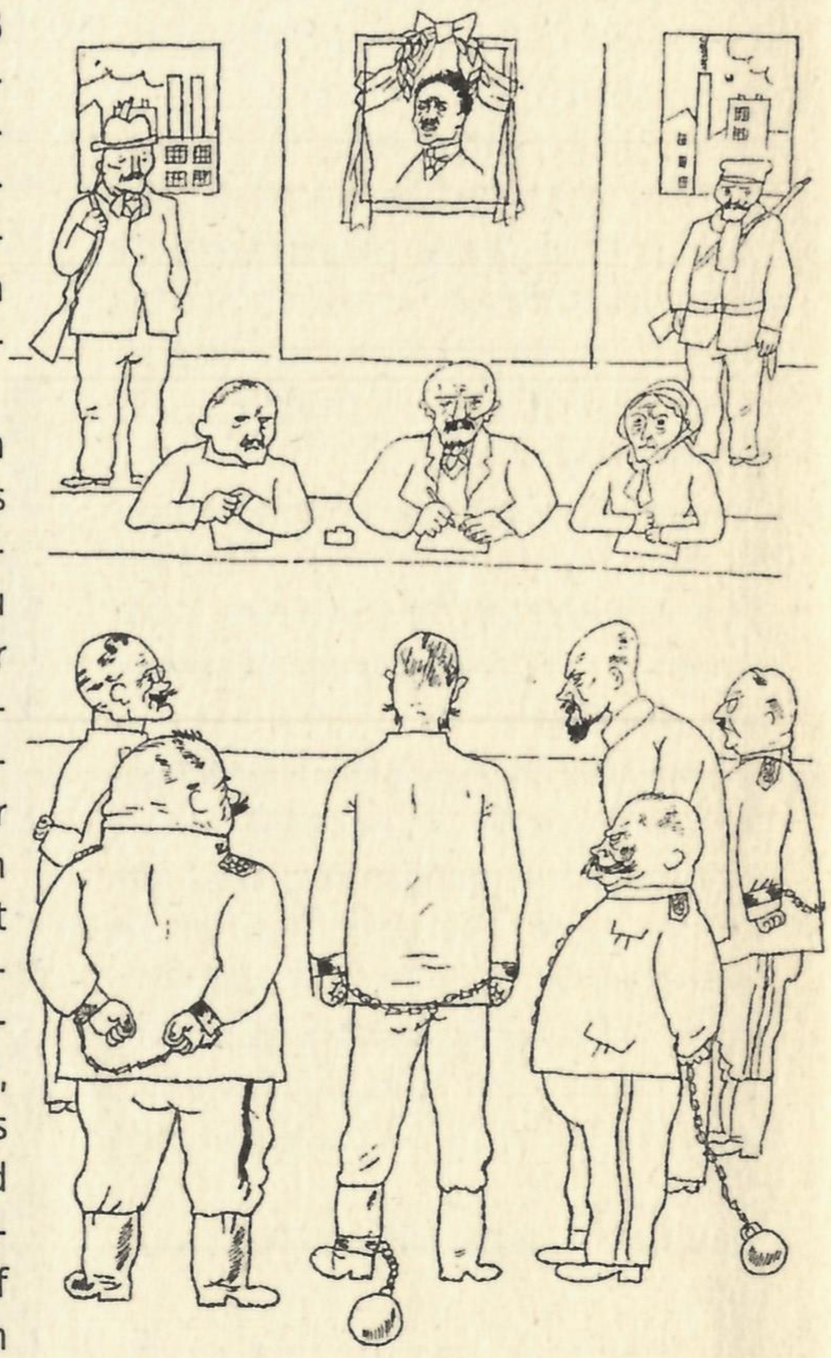
Erst nachdem der Stand zerstört war, kam Wolfgang N. an den Ort des Geschehens. Kurz darauf wurde er von einem Polizisten zur Personalienfeststellung abgeführt. Umso überraschender war es für ihn, als er knapp 6 Monate später einen Strafbefehl in seinem Briefkasten fand. 2299.- DM solle er wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung bezahlen, wahlweise drohen ihm 3 Monate Gefängnis. Mittlerweile war auch sein Name, seine Adresse, Geburtsdatum und -ort zu den Neonazis durchgedrungen. In einer Ausgabe des 'index' der Nationalen Liste Hamburg und in den 'HNG-Nachrichten' (HNG=Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene) wurde Wolfgang N.s Personalien als „Antifa-Schläger" abgedruckt, sein Name tauchte auch in einem Artikel der rechtsextremen 'Jungen Freiheit' auf.

Wolfgang N. legte gegen diesen Beschluß Widerspruch ein. Zu seiner Entlastung sagten insgesamt dreizehn Zeuginnen und Zeugen aus, u.a. die Republikaner selbst. Als einziges belastendes Material der Staatsanwaltschaft fungierten zwei Polizeibeamte, der Erste Polizeihauptkomissar Heinz Brandes und sein Untergebener, der Polizeihauptmeister Theilen. Die beiden Polizisten behaupteten nämlich, sie hätten Wolfgang N. auf frischer Tat ertappt, als er den noch intakten Rep-Tisch mit beiden Händen umfaßt habe, um ihn umzureißen. Vor Gericht schilderte Brandes detailliert - ohne rot zu werden - wie er den Angeklagten an der Hüfte festgehalten haben will, von hinten geschubst worden und über den Tisch gefallen sei, Wolfgang N. aber nie losgelassen habe usw.. Herr Theilen bestätigte diese Version.

Nun ist der Polizist Brandes kein Unbekannter - es war nicht das erste Mal, daß aufgrund seiner Falschaussage ein Strafverfahren gegen Linke eingeleitet wurde. Besonders hervorgetan hatte sich auch in diesem Fall wieder der Oberstaatsanwalt Kaiser, der ebenfalls schnell zur Stelle ist, wenn es darum geht, linken Widerstand zu kriminalisieren.

Zu diesem Duo gesellte sich noch ein Richter Namens Goose. Dieser ließ nichts unversucht, den Angeklagten, seinen Verteidiger und die EntlastungszeugInnen zu verunsichern und fertig zu machen - wofür ihm letztendlich zwei Anträge wegen Befangenheit entgegengehalten wurden. Dennoch wurde den Polizeiaussagen seitens der EntlastungszeugInnen durchgehend und in allen Punkten widersprochen. Nicht zuletzt ein Foto, das Wolfgang N. neben dem bereits zerstörten Stand zeigte, sprach für seine Unschuld. Solchermaßen beeindruckt, boten sowohl die Staatsanwaltschaft, als auch der Richter schließlich und zunehmend nachdrücklich die Einstellung des Verfahrens an. Weil der Angeklagte jedoch darauf bestand, angesichts seiner offensichtlichen Unschuld freigesprochen zu werden und daher auf die Einstellungsangebote nicht einging, wurde er am Ende - nach 13 Verhandlungstagen - wegen Sachbeschädigung zu 450.- DM, ausgesetzt auf zwei Jahre Bewährung, verurteilt. In seiner Urteilsbegründung - die haargenau den Vorgaben der Staatsanwaltschaft entspricht - verwarf Richter Goose die Aussagen sämtlicher EntlastungszeugInnen pauschal als nicht glaubhaft, das Foto sei ebenfalls unwichtig, da der genaue Zeitpunkt seiner Aufnahme nicht geklärt sei. Die zwei belastenden Polizeibeamten seien hingegen professionell im Beobachten und Widergeben von Straftaten, daher ernstzunehmender als jedeR BürgerIn.

Selbstverständlich wurde gegen dieses Skandalurteil vor dem Landgericht Oldenburg Berufung eingelegt. In diesem zweiten Prozeß hätte z.B. geklärt werden können, wann das betreffende Foto aufgenommen wurde - Goose hatte einen entsprechenden Antrag der Verteidigung nämlich



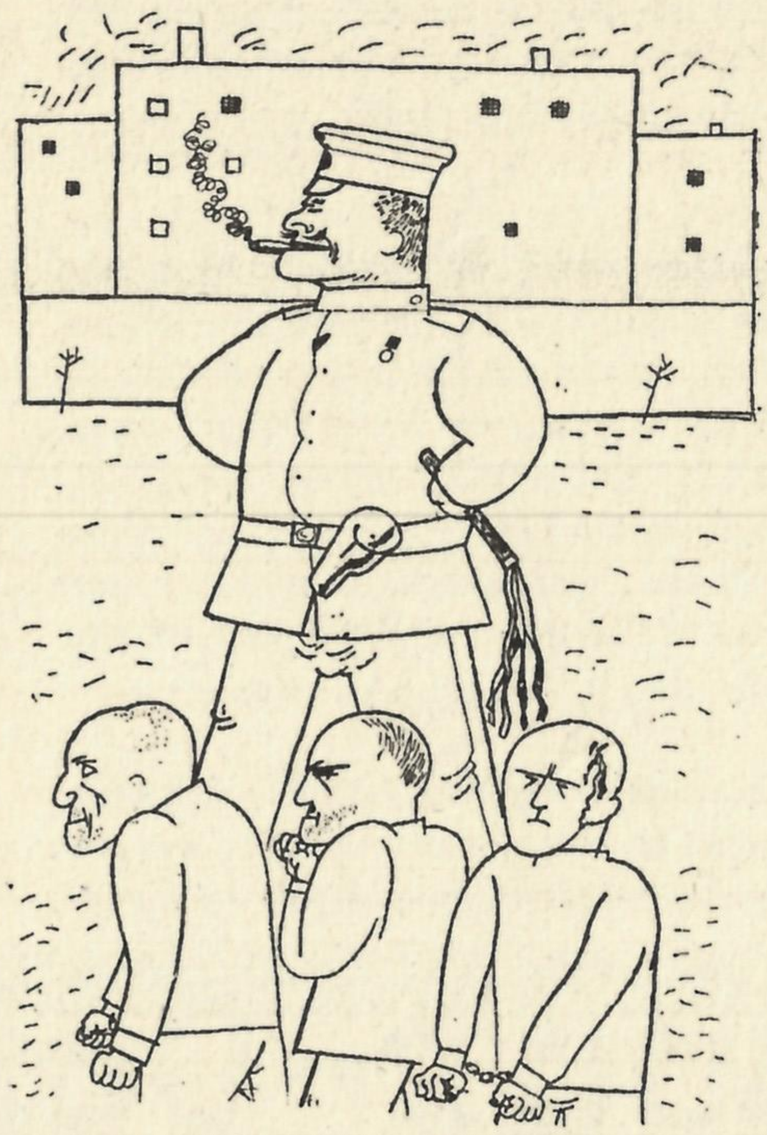
'Wie der Staatsgerichtshof aussehen sollte'
aus: George Grosz:
Das Gesicht der herrschenden Klasse. 1921

immer wieder abgelehnt. Aber auch das Landgericht wollte sich scheinbar nicht die Finger verbrennen, wenn es darum geht, zwei Polizisten der Falschaussage zu überführen. So folgte dessen zuständiger Richter ungeprüft der Urteilsbegründung des Amtsrichters Goose, lehnte die Berufung ab. Aus Gründen der 'Prozeßbeschleunigung', das jüngst zu einer Gesetzesveränderung zu Ungunsten von Angeklagten führte, kann gegen diese Entscheidung praktisch kein Widerspruch mehr eingelegt werden. Aufgrund dieses Ausgangs kann nur spekuliert werden, was sowohl den Richter Goose, als auch seinen Kollegen vom Landgericht bewogen haben mag, den Angeklagten trotz der offensichtlichen und eindeutigen Widersprüche, die während der Verhandlungen auftauchten, zu verurteilen. Auch angesichts der breiten Öffentlichkeit, die diesen Prozeß verfolgte, ist es auf dem ersten Blick erstaunlich, daß weder die beiden mutmaßlich meineidigen Polizisten, noch die Staatsanwaltschaft und das Gericht Furcht vor Blamage zeigen und sogar den juristischen Grundsatz 'im Zweifel für den Angeklagten' stumpf ignorieren. Sind sich die beiden Polizeibeamten so sicher, nicht belangt zu werden? Hat es die Justiz nicht (mehr) nötig, ihre vermeintliche Unabhängigkeit zur Schau zu stellen?

Was hier auf dem ersten Blick wie eine Provinzposse aussieht hat tatsächlich weitreichende Bedeutung.

Zum einen wurde in diesem Prozeß erstmals in so konsequenter Weise gegen die gängige Praxis (nicht nur) in der Weser-Ems-Region vorgegangen, Linke mittels Falschaussagen von Polizisten mit Strafverfahren zu überziehen und so den Widerstand immer wieder für Monate zu lähmen. Es ist zumindest als kleiner Erfolg zu werten, daß es für die Polizei und für die Staatsanwaltschaft eine gewisse Zeit lang unkalkulierbar war, wie der Prozeß ausgehen wird. Bei einem tatsächlichen Freispruch für Wolfgang N. hätten sie sich nämlich nicht nur blamiert - für die beiden Polizisten Brandes und Theilen, die ihre Aussagen unter Eid wiederholten, wäre ein Strafverfahren wegen Falschaussage im Amt und Meineids gefährlich nahe gerückt. Dies könnte dazu führen, daß Polizei und Staatsanwaltschaft ihre bisherige Praxis für die Zukunft zumindest überdenken.

Außerdem wurde in diesem Prozeß erstmals vom neuen sog. 'Verbrechensbekämpfungsgesetz' gebrauch gemacht, also der bereits genannten massiven Einschränkung der Verteidigungsrechte von Angeklagten. Um diese Beschränkungen - die tatsächlich eine partielle Entrechtung bedeuten - in der Praxis durchzusetzen, sind Präzedenzfälle wie dieser geeignet. Nur der engagierten Verteidigung des Rechtsanwalts Hajo Köhler war es zu verdanken, daß auch diese Rechnung von Gericht und Staatsanwaltschaft über lange Strecken hinweg nicht aufging: Beispielsweise wurde Richter Goose durch beharrliches Nachhaken des öfteren dazu gebracht, bereits abgelehnte Beweismittel doch noch zuzulassen. Eine wichtige Rolle spielte hier auch das Publikum: die ZuschauerInnenränge waren durchgängig mit aufmerksamen ProzeßbeobachterInnen besetzt, was es dem



'Vollendete Demokratie'
aus: George Grosz. a.A.o.

Richter wiederum erschwerte, sich vollends gehen zu lassen. (Was nicht heißt, daß er das nicht auch hin und wieder tat!).

Schließlich hatte dieser Prozeß gegenüber vielen Menschen, die ihn verfolgten, eine Art Beispielcharakter, wie die Justiz mit linken Oppositionellen umgeht. Eigentlich müßten nun alle ihr Vertrauen in den sog. 'Rechtsstaat' verloren haben! Wer es nicht schon vorher wußte, z.B. durch die politischen Prozesse gegen AF-Angehörige, die grundlose Aburteilung von KurdInnen, die verhängte Todesstrafe gegen Mumia Abu Jamal durch einen reaktionären Richter, der unter dem Einfluß einer rechten Polizistenlobby steht, die derzeit stattfindenden Verhandlungen nicht gegen die Täter, sondern gegen ein Opfer des Lübecker Brandanschlags, Safwan Eid, usw., die und der muß an diesem hautnahen Beispiel unweigerlich zu der Überzeugung gelangt sein, daß die Justiz ein Repressionsinstrument wie die Polizei, der Verfassungsschutz u.ä. eben auch ist. Vor Gericht ihr oder sein 'Recht' zu bekommen, hat sich gerade in politisch relevanten Angelegenheiten wieder als eine Illusion herausgestellt. Die Möglichkeiten, sich gegen dieses Konglomerat aus Polizei, Staatsanwaltschaft und RichterIn zur Wehr zu setzen, sind schon heute äußerst gering und werden in Zukunft eher noch abnehmen. Auch wenn der Ausgang eines Prozesses vorher noch nicht entschieden ist, ist doch vorhersehbar, daß keinE RichterIn über ein gewisses Maß hinaus den Interessen der herrschenden Verhältnisse widersprechen wird:

erstens sind sie an Gesetze gebunden, die über weite Bereiche die Absicherung der gegenwärtigen Herrschaft zum Ziel haben (z.B. der §129a StGB);

zweitens wird nur RichterIn, wer sich auch mit diesem System einigermaßen identifizieren kann;

drittens ist anzunehmen, daß hinter der Fassade ihrer vermeintlichen Unabhängigkeit die Justiz sehr wohl der informellen Einflußnahme seitens der herrschenden Politik ausgesetzt ist. So ist das politische Interesse bei der Anklage gegen Safwan Eid offensichtlich, durch eine Entlastung der vier tatsächlich mutmaßlichen, aber deutschen Brandstifter (aus Grevesmühlen) einer Beschädigung des Ansehens Deutschlands im Ausland vorzubeugen. Daß diese rassistische Umdeutung von Opfern in Täter auch im Sinne der Mehrheit hierzulande ist, sei hier nur am Rande erwähnt.

Viertens haben eigentlich alle RichterInnen Angst davor, ihre Karriere zu gefährden, wenn sie sich zu sehr exponieren.

Um dennoch nichts unversucht zu lassen, hat sich Wolfgang N. entschlossen, seine juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, soweit es eben geht. Sein Anwalt legte Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Seine Chancen, damit durchzukommen, stehen allerdings nicht sonderlich gut.

Der Prozeß um Wolfgang kostete nicht nur Nerven, sondern auch eine Menge Geld! Ganz wichtig sind deshalb Spenden an die

Rechtshilfe Oldenburg:

Spendenkonto: 100-006 154

bei der Landessparkasse zu Oldenburg (BLZ 28050100)

Prozeßbeginn der Mercedes Benz Angeklagten

Am Montag den 09.12.1996 beginnt im Amtsgericht Wilhelmshaven im Saal 42 um 11.00 Uhr der Prozeß gegen Nicole, Karina und Yörn.

Nun nach fast zwei Jahren, sind wir, die Angeklagten des Mercedes-Benz Prozesses, vorgeladen worden. Am 12. 01.1994 fand in Wilhelmshaven ein Brandanschlag auf eine Mercedes-Benz Filiale statt. Danach überhäuften sich hier die Ereignisse. Am Freitag, den 13.01.1994 um 10.00 Uhr verschafften sich Bullen unter dem Vorwand, sie seien vom Gas- und E-Werk bei einer der drei Beschuldigten Einlaß in die Wohnung. Nach einer Hausdurchsuchung und vielen Drohungen, mußte sie mit aufs Präsidium. Telefonieren wurde untersagt. Nach vielen Einschüchterungen wurde eine Aussage gemacht. Nach dieser Aussage wurde sie zum Haftrichter geführt. Anschließend wurden die anderen Beiden aufgesucht und aufs Präsidium mitgenommen. Dort wurden sie Erkennungsdienstlich behandelt (ED) und gefragt. Fragen seitens der Bullen wurden nicht beantwortet und so wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bullen und Staatsanwälte haben es teilweise geschafft uns so gut wie mundtot zu machen. Es hat viele Auseinandersetzungen und Organisationsprobleme unter uns dreien gegeben, da einer der Beschuldigten weggezogen ist. Wir kamen auch nicht mehr so gut klar, da wir lange Zeit nicht in der Lage waren uns groß mit der Sache auseinanderzusetzen. Was nicht heißen soll, das wir uns gar nicht damit beschäftigt haben, nur wahrscheinlich auf eine andere Art wie sonst üblich.

Wir haben uns nach mehreren Treffen mit unseren Anwälten zähneknirschend dazu entschlossen wahrscheinlich eine Teilzahlung an die Allianz zu zahlen. Da die Schadenskosten der beschädigten Pkws ca. 37.000 DM betragen würde. Wir wissen, daß wir die Summe auf jeden Fall zahlen müssen. Es besteht die Möglichkeit, statt den 37.000 DM „nur" 8000 DM bis 10000 DM, für uns drei bezahlen zu müssen.

Wir sind immer noch entschlossen, keine weiteren Aussagen zu machen. Es wird eine kurze Prozeßerklärung vorgelesen. Sie beinhaltet kurze Anrisse der Macheschaften des Mercedes-Benz-Konzerns, wie z.B. Umweltschutz, Waffenschieberei und Kriegsmachenschaften usw.

Nach dem Urteilsspruch wollen wir eine Soliveranstaltung planen, um zu informieren, um nicht Gesagtes sagen zu können und eine Menge an Kritik anzunehmen. Wer Lust hat, bei der Soliveranstaltung mitzuwirken, oder irgendwelche Ideen hat, soll sich melden, unter Alhambra c/o Mercedes-Benz-Angeklagte, denn zwei sind immer noch zuwenig, um so etwas aufzuziehen.

Die Rechtshilfe Oldenburg hat uns sehr viel Mut, Kraft und Aufmerksamkeit gegeben. Dafür wollen wir uns hiermit einfach mal bedanken.

Also wir sehen uns am 09.12.1996 und hoffen auf Unterstützung. Wir sind fest entschlossen es gemeinsam durchzuziehen.

Karina und Nicole

Crush-Hour-Concerts

proudly presents:

15.11.
BAMBIX (NL) POWERVOLLER MELODISCHER PUNKCORE MIT FRAUENGESANG
+BRAINSHAKER (FRANKFURT) PSYCHO-DÜSTER-THRASH EBENFALLS MIT FRAUENGESANG
+11 TOES(HANNOVER) MELODISCHER EMO-CORE

29.11.
TESTIMONY (BRATISLAVA) HEFTIGER METALL-CORE AUS DER SLOWAKEI
+TIN PAN ALLEY (HALLE) BRACHIALER HARDCORE

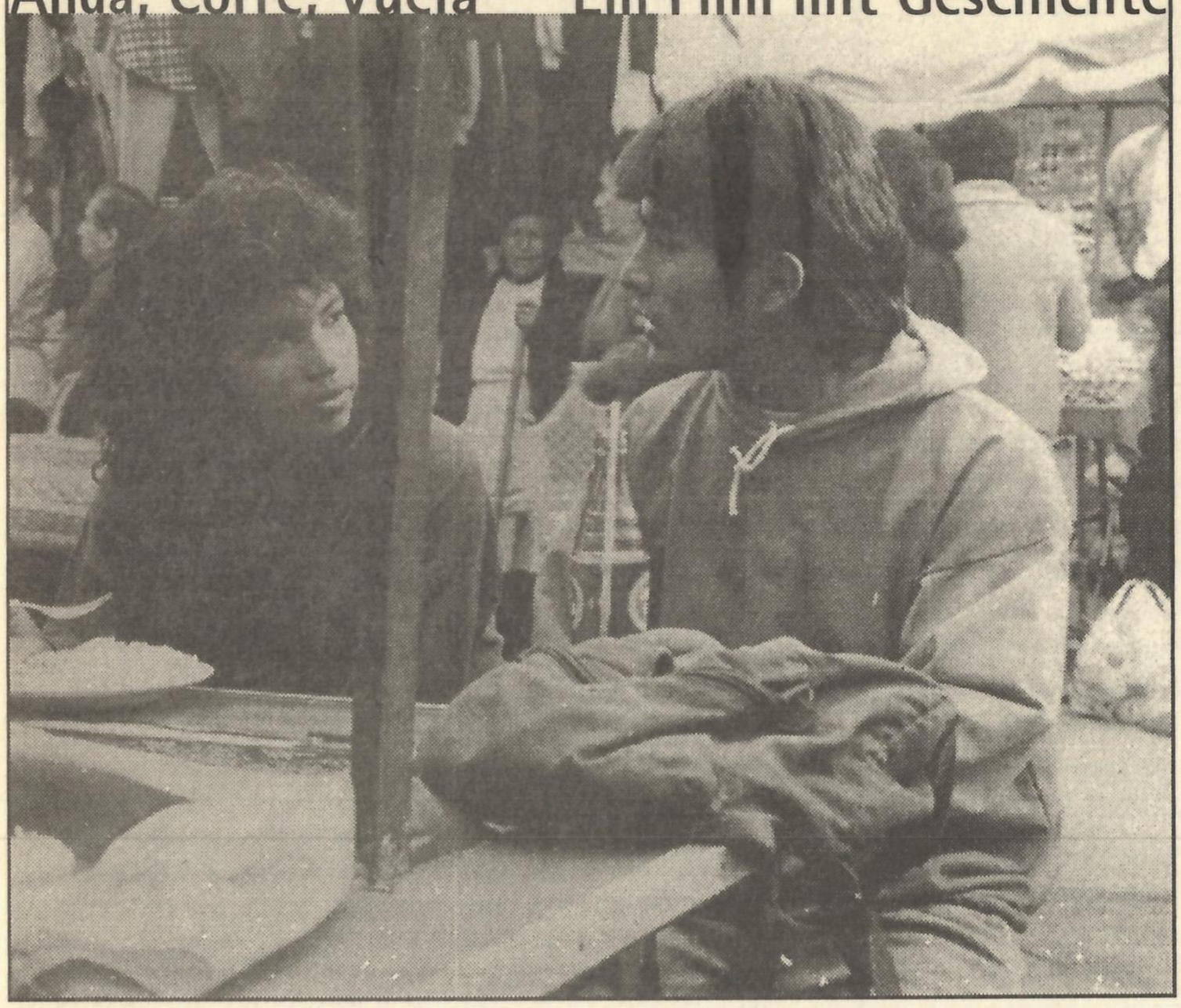
20.12.
GRAUE ZELLEN (RENDSBURG) POLIT-HARDCORE-PUNK MIT DEUTSCHEN TEXTEN
+SUPPORT

26.12.
DAWNBREED (BÖBLINGEN) GEMEINER EXPERIMENTELLER CORE (HARTES BRETT)
+SUPPORT

alle konzerte ab 2luhr ein-tritt um die 8 maak!

Gregorio und Juliana

Anda, Corre, Vuela Ein Film mit Geschichte



Der Film
Gregorio und Juliana

Der Film Gregorio und Juliana ist eine Fortsetzung der beiden in Peru wie auch international erfolgreichen Filme Gregorio (1984) und Juliana (1988). Rosa Morffino und Marino Leon, die Hauptdarsteller dieser beiden Filme, stehen jetzt gemeinsam vor der Kamera.

Gregorio jobbt in einer Tankstelle und möchte an der Universität studieren. Juliana kümmert sich um eine Gruppe von Straßenkindern. Nach einem Überfall der Guerilla-Organisation Leuchtender Pfad auf die Tankstelle geraten die beiden in Verdacht, und schon bald ist die Polizei ihnen auf den Fersen.

Wie schon in den beiden früheren Filmen hat das reale Leben der beiden Hauptdarsteller auch hier viel mit ihrer Rolle im Film zu tun.

Im Rahmen der Filmtournee im Herbst wird bei der Filmvorführung der Hauptdarsteller Marino Leon anwesend sein und hinterher für Fragen, Gespräche, Diskussionen zur Verfügung stehen.

Die Band
Los Mojarras

Eine Besonderheit an dem Film ist, daß die gesamte Filmmusik von der peruanischen Rockband „Los Mojarras" geschrieben worden ist, die am Ende des Films auch selbst dort auftritt. Ihr Auftritt im Film ist Bestätigung und Zeichen der Hoffnung zugleich - denn ihnen ist gelungen, wofür Gregorio und Juliana im Film kämpfen: durch Einfallsreichtum und Mut dem Elend der Slums zu entgehen.

Los Mojarras tauchten etwas 1992 zum ersten Mal in Lima auf, im Stadtteil Augustino, mit einer Musik, die Rock mit den populären Rhytmen Perus verbindet: mit Chicha, Huanyo, Salsa und Vals. Die Gruppe selbst beschreibt ihre Musik als Mestizo-Musik. Sie spielten sich dort gleich mit ihrem ersten Konzert in die Herzen der Kids. Heute gehört die Band mit ihrer Musik zu den Top-Gruppen des Landes.
El Augustino (also das Viertel, aus dem die Los Mojarras kommen) ist einer der bevölkerungsreichsten Viertel in Lima, wo sich tausende von MigrantInnenfamilien niedergelassen haben und die Traditionen ihrer Vorfahren ebenso teilen wie das Lebensgefühl der Großstadt. Man hört die unterschiedlichsten Musiken in El Augustino. Los Mojarras haben aus den verschiedenen Rhytmen einen neuen und einzigartigen Stil geschaffen, der die Kraft der Rockmusik mit traditioneller peruanischer Musik verbindet.
Los Mojarras stehen mit ihrer Musik für die Suche nach einer modernen Identität der jungen PeruanerInnen. Für die Musiker ist die Tradition ihrer Vorfahren ebenso wichtig wie das Lebensgefühl der Großstadt. Sie packen Themen an, die vor allem die Menschen in den armen Stadtteilen betreffen. Sie singen über die alltäglichen Lebensumstände, über die Suche nach einem besseren Leben, über Repressionen und natürlich über die Liebe.
Für die Tour durch 13 deutsche Städte haben Los Mojarras sich verstärkt. Sie haben den besten Perkussionisten und Gitarristen mitgebracht. In Deutschland wird die 7-köpfige Band ihre neue CD „Opera Salvaje para Tribus Urbanas" vorstellen.

Wegen der engen Verbindung der Gruppe Los Mojarras und des Films Gregorio und Juliana miteinander touren der Hauptdarsteller der Films Marino Leon und die Band gleichzeitig durch Deutschland, und sie kommen beide nach Oldenburg ins Alhambra!!

10. November um 16.00 Uhr
(die frühe Uhrzeit, damit auch Jugendliche und Kinder kommen können)

Der Film
Gregorio und Juliana

Eintritt: 3 DM/ 5 DM

11. November um 21.30 Uhr

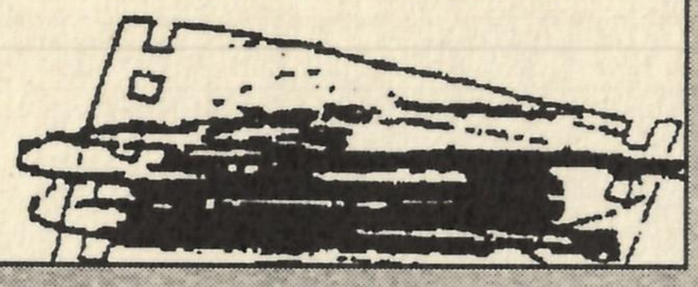
Das Konzert
Los Mojarras

Eintritt: 9 DM/ 11DM

Veranstalter: Dritte Welt Informationszentrum und Laden, Auguststraße 50, OL, Öffnungszeiten Mo./Mi./Fr.: 15.00 - 18.00 Uhr

„Was soll'n wir denn machen ohne den Tod"

Zitat einer alten Frau
aus dem gleichnamigen Film von Elfi Mikesch



Unter diesem Motto finden die 4. Oldenburger Filmtage vom 22.-27.11.1996 statt. Sicherlich ein sehr schwieriges Motto, denn vom Tod zu sprechen, mag bedeuten, ihn heraufzubeschwören, bedeutet schon, der Unausweichlichkeit des eigenen Sterbens ins Auge zu sehen. Die Vorstellung von dem eigenen Tod löst in uns Angst aus, und oft ist die Reaktion, das ganze Thema möglichst zu vermeiden. Der Tod ist ein Tabu.

Schwierig bleibt es aber auch, wenn wir uns mit ihm befassen. Welche Worte, welche Beschreibungen können wir gebrauchen?

In unserer hochtechnisierten Gesellschaft gehört der Tod nicht zum Leben, er steht ihm vielmehr unversöhnlich gegenüber. Für die Menschen, die nicht aktuell von ihm betroffen sind, ist er nicht gegenwärtig und wir vergessen dabei, daß er unser ständiger Schatten im Leben ist. So brauchen wir uns nie die Frage zu stellen, was unser Leben wert ist angesichts der Tatsache, daß es jederzeit zu Ende sein kann. Die Frage, was wir mit unserem Leben anfangen, worin der Sinn liegt, wird unterdrückt.

Die Potentialität dieser Frage könnte uns zu Neuem, noch Ungedachtem, unmöglich Geglaubtem führen; zu dem, was wir aus Mutlosigkeit, Hoffnungslosigkeit bzw. aus Verzweiflung bisher vermieden haben, zu denken. In unserer gestalteten Welt haben wir es bisher unterlassen, einen phantasievollen, kreativen Entwurf unseres Lebens selber in die Hand zu nehmen. Die Konfrontation mit dem Gedanken an unser eigenes Sterben kann dabei eine Reflektion auf unser Leben ermöglichen, kann Energien freisetzen für mehr selbstgestaltetes/ selbstbewußtes Leben und für mehr Gestaltungsfreiheit.

Es zeigt sich auch in vielen Filmgenres (Thriller, Krimi, Western, Horror-, Actionfilm, etc), daß der Tod in unserer Gesellschaft leider nicht mitgedacht wird. Der kulturindustriell gefertigte Tod ist das Mittel, um Spannung zu erzeugen, oder anders gesagt, um ZuschauerInnenwünsche zu befriedigen und die Kassen zu füllen. Er verkommt zu einem Lacherfolg, Blutbad oder zu einem tränenreichen Drama. Nie spricht er uns an, konfrontiert uns mit unserer eigenen Sterblichkeit. Der Tod ist immer der Tod der anderen und an ihrem Sterben wird anschaulich das Exempel statuiert, wie es uns ergehen wird, wenn wir nicht nach den moralischen Grundsätzen unserer Gesellschaft handeln. Er ist Bestrafung der „Bösen" und die Bestätigung der „Guten". Der Tod zeigt die Schranken unserer Gesellschaft an. Somit geht es im Mainstream-Film nie um den Tod selbst, sondern um die Instrumentalisierung des Todes zur Vermittlung moralischer Botschaften.

Mit dem diesjährigen Programm verfolgen wir die berechtigte Frage „Was soll'n wir denn machen ohne den Tod", um auf die Abwesenheit und Bedeutung des Todes aufmerksam zu machen und zeigen Filme, die sich dem Thema auf unterschiedliche Art und Weise nähern.

Das Spektrum dieser Filme erstreckt sich über die Auseinandersetzung mit Aids (Cori, Aide Memoire), Tod und Leben im Exil (Paradise Brooklyn), die Bedeutung des Todes im Nationalsozialismus (Reisen ins Leben, Fritz Levy, Das verdrängte Kapitel) bis hin zu Auseinandersetzung mit dem Sterben im Alter (Unter Fremden, Was sollen wir denn machen ohne den Tod?) und dem Freitod (Fritz Levy, Vienna).

Wir zeigen auch Filme, die sich streckenweise komödiantisch mit dem Thema Tod befassen (I hired a contract killer, Irgendwo in Iowa u.a.).

Neben diesen Filmen bietet die Aidshilfe eine Filmvorführung mit Einführung und anschließender Diskussion für Jugendliche an.

Prof. Dr. Jens Thiele gibt eine Veranstaltung zu abstrakten Bildern des Sterbens im Spielfilm Vorüberlegungen zu Derek Jarmans Film „Blue".

Auch in diesem Jahr stellen FilmemacherInnen aus verschiedenen Ländern ihre Arbeiten vor. Es wird eine Auswahl unabhängiger Produktionen aller Genre gezeigt, die nicht an das Motto der Filmtage gebunden sind und die kaum Chancen auf kommerzielle Kinoauswertung haben. Dem Publikum und MacherInnen soll ein Forum für Gespräche und Austausch geboten werden. Wir freuen uns, Euch auch in diesem Jahr zum Wettbewerb der regionalen Produktionen einladen zu können. Die Verleihung des Publikumspreises (zum ersten Mal 1000,- DM!!!) findet auf der Abschlußparty statt. Wie immer gibt es natürlich die Filmnacht

und Frühstück mit Sekt für Ausgeschlafene und Aufgebliebene, bei dem eine Auswahl internationaler Kurzfilme gezeigt wird.

Weitere Attraktionen der Filmtage sind: ein

- Zeichentrickworkshop für Kinder von Christina Schindler (Rinnsteinpiraten). Dabei zeigt sie Proben ihrer Produktionen und leitet die Kinder zur Herstellung eigener Trickfilme an,
- eine Filmreihe der feministischen Filmemacherin Pratibha Parmar,
- die Vorstellung der Medien- und Verlagswerkstatt „Querblick" aus Konstanz und
- Kino in der Schule, organisiert vom Mobilen Kino Niedersachsen in Begleitung der Hospizgruppe Oldenburg.

Als Gäste sind geladen: Elfi Mikesch (Was soll´n wir denn machen ohne den Tod, Pratibha Parmar, Goran Paskaljevic (Paradies, Brooklyn), Bernd Rotermund und Oliver Tolmein (Happy Birthday - Haftbefehl), Sharif Mostafa Kalantari und Schauspielerin (Meaning of the Night), Frank Stolp und Darsteller (Station 17) und viele andere.... !

Die 4. Oldenburger Filmtage konnten durch das Engagement der Film- und Kinoinitiativen aus Oldenburg und vieler einzelner Personen realisiert werden. Die Filmtage sind ein gemeinsames Projekt von RollenWechsel (Kino für Lesben), Gegenlicht (Kinoinitiative der Carl von Ossietzky Universitätj, Filmriß (Kinoinitiative im Alhambra) und dem Mobilen Kino Niedersachsen, organisiert vom Film- und Medienbüro Oldenburg. An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Mitwirkenden, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, dem Kulturamt der Stadt Oldenburg, dem Kulturzentrum „Cadillac", dem AstA und der Mediothek der Carl von Ossietzky Universität, „NaUnd" und dem Alhambra, durch deren Unterstützung die 4. Oldenburger Filmtage erst möglich wurden.

Wir wünschen allen BesucherInnen der Filmtage viel Besinnliches, Anregendes und natürlich viel Spaß.

OrganisatorInnen
der 4. Oldenburger Filmtage

Das Filmfest der Oldenburger Film- und Kinoinitiativen

4. Oldenburger Filmtage vom 22. - 27.11.1996

„Was soll'n wir denn machen ohne den Tod"

Freitag 22.11	19.00 Uhr	Eröffnung, anschließend: **„Paradise Brooklyn".** GB/F/D/GR 1995 91 min	PFL
	22.00 Uhr	**„Unter Fremden"**, CAN 1990, 101 min	Cadillac
	22.00 Uhr	**„Deadman"**, USA 1995, 121 min, OmU	Alhambra
	21.30 Uhr	**„Cold Fever"**, Island 1995, 85 min OmU	Aula der Uni
Samstag 23.11	18.00 Uhr	**„Life according to Agfa",** Israel 1992, 100 min, OmU	PFL
	20.00 Uhr	**„Was soll'n wir denn machen ohne den Tod"**, BRD 1980, 105 min.	PFL
	11.00 Uhr	**„Fritz lebt - Geheimtäter und Viehlosoph"**, BRD 1994, 90min.	Cadillac
	14.00 Uhr	Kurzes mit Musik **„Clocks", „Good Things", „Platz Pop", „Passage"**, anschließend: **„Station 17"**	Cadillac
	15.30 Uhr	nur für Frauen: Pratibha Parmar **„Sari Red", „Warrior marks"**	Cadillac
	17.30 Uhr	Jens Thiele: Einführung zu Derek Jarmans **„Blue"**	Cadillac
	18.30 Uhr	**„Blue" GB 1993, 79 min**	Cadillac
	20.30 Uhr	**„Liebe, Leben, Tod"** BRD 1995, 92 min.	Cadillac
	22.15 Uhr	Filmnacht: **„Gilbert Grape - Irgendwo in Iowa" USA 1993, 117 min**	Cadillac
	0.45 Uhr	**„Rote Ohren fetzen durch Asche",** A 1991, 84 min	Cadillac
	19.00 Uhr	nur für Frauen: Filmnacht von „Rollenwechsel", **„Rendezvous unter'm Nierentisch" BRD 1987, 89 min „Grüne Tomaten" USA 1991 130 min**	Alhambra
	20.00 Uhr	**„Orpheè"**, F 1949, 90 min.	Aula der Uni
	22.00 Uhr	**„Nick's Film - Lightning over Water"** BRD 1980, 92 min	Aula der Uni
Sonntag 24.11	17.00 Uhr	**„El Silencio de Neto"**, Guatemala 1994	PFL
	19.30 Uhr	**„Reisen ins Leben"**, BRD 1995, 130 min.	PFL
	11.00 Uhr	**Kurzfilme, Frühstück und Sekt**	Cadillac
	15.00 Uhr	Kurzfilme zum Thema Tod: **„Vienna", „Mortaya", „Ich spüre das Leben in mir", „We always danced", „Aide Mémoire"**	Cadillac
	17.00 Uhr	Pratibha Parmar, **„Double the trouble - twice the fun", „A place of rage"**	Cadillac
	20.00 Uhr	nur für Frauen: Lesben-Kurzfilme **„Die Straße nach Mekka"**, USA 1991, 104 min.	Cadillac
	15.00 Uhr	**„Sprache der Vögel"**, D 1991, 59 min (Kinderfilm)	Alhambra
	17.30 Uhr	**„Mein Leben als Hund"**, 1985, 101 min. (Jugendfilm)	Alhambra
	20.00 Uhr	**„El Patron"**, ARG/ Uruguay 1995, 87 min	Alhambra
	20.00 Uhr	**„Verschwörung der Frauen"**, GB, 118 min.	Aula der Uni
	10.00-13.00	**Zeichentrick-Workshop** (für Kinder von 7-12)	ALSO
	14.00-17.00	**Zeichentrick-Workshop** (für Kinder von 7-12)	ALSO
Montag 25.11		**Regionaler Wettbewerb**	
	17.00 Uhr	**„Seperate Lives"**	Cadillac
	19.00 Uhr	**„Totes Kapital - ein Requiem", „Max Bastian" „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht"**	Cadillac
	20.30 Uhr	**„Das verdrängte Kapitel"**	Cadillac
	22.00 Uhr	**„Playmodul"**	Cadillac
		„Lisa und die Außerirdischen", „Irgendwie nichts Besonderes"	
	20.00 Uhr	**„Angel Baby"**, AUS 1995, 105 min OmU	Alhambra
	20.00 Uhr	**„I hired a contract killer"**,GB/FL/S 1990, OmU, 80 min.	Aula der Uni
	18.00 Uhr	**Film-Veranstaltung der Oldenburger Aidshilfe „Kids"** anschl. Diskussion	ALSO
Dienstag 26.11	17.00 Uhr	**„Happy Birthday-Haftbefehl", „Heimliche Menschen",„einfach was entgegensetzen"**	Cadillac
	20.00 Uhr	**Medien- und Verlagswerkstatt „Querblick", „PartisanInnen in Piermont" BRD 1996**	Cadillac
	19.00 Uhr	**„Bleibende Werte"** anschließend Diskussion mit Matthias Holste	ALSO
Mittwoch 27.11	17.00 Uhr	**„Siegfried" BRD 25 min, „Sándor Végh" A 1996, 90 min**	Cadillac
	19.00 Uhr	**„Meaning of the Night"**, NL, 28 min	Cadillac
	21.00 Uhr	**Abschlußparty**	Cadillac
	22.30 Uhr	**Preisverleihung**	Cadillac
	20.00 Uhr	**„Bei Anruf Mord"** USA 1954, 106 min.	Aula der Uni

alhambra

selbstverwaltetes aktions- und kommunikationszentrum — programm november 96

Fr. 1. November	?? Uhr	Bag of Bones - **Party**
Sa. 2. November	21.00 Uhr	**5 Jahre Autonomes Mädchenhaus – Party** (nur für ♀♀)
So. 3. November	20.00 Uhr	**Rollenwechsel** ♀♀ zeigt Kurzfilme: Bloody Well Done, Aktenzeichen XX ungelöst, Ein Mann ein Mord
Do.7. November	22.00 Uhr	Semesteranfangsparty (Anti-AKW-Gruppe Alhambra)
Fr. 8. November	20.30 Uhr	**NutzerInnenplenum**
	23.00 Uhr	Die Disco
Sa. 9. November	21.00 Uhr	FrauenLesbenDisco
So.10. November	17.00 Uhr	Film: **Gregorio & Juliana** ("Dritte Welt"-Infozentrum&Laden)
Mo.11.November	21.00 Uhr	Konzert: **A los Mojaras** ("Dritte-Welt"-Infozentrum&Laden)
Do.14.November	22.00 Uhr	Fachschaftsfete Physik
Fr.15. November	21.00 Uhr	Crush Hour Concerts: **Bambix + 11 Toes + Brainshaker**
Sa.16. November	22.00 Uhr	Männerfabrik
Do.21. November	22.00 Uhr	Fachschaftsfete Mathe
Fr. 22. November	22.00 Uhr	4. Oldenburger Filmtage: **Deadman**
Sa. 23.November	19.00 Uhr	**Rollenwechsel Filmnacht**: Rendevouz unterm Nierentisch + Grüne Tomaten ♀♀
So. 24. November	15.00 Uhr	**Filmriß** zeigt: 15.00 Uhr Sprache der Vögel, 17.30 Uhr Mein Leben als Hund, 20.00 Uhr El Patron
Mo. 25.November	20.00 Uhr	4. Oldenburger Filmtage: **Angel Baby**
Fr. 29.November	21.00 Uhr	Crush Hour Concerts: **Testimony** (Bratislava)+**Tin Pan Alley**
Sa. 30.November	22.00 Uhr	Rosa Disco

Regelmäßige Termine im Alhambra:

Montag: 18.00 Uhr Crush Hour Concerts ★ 20.30 Uhr Antifa-Café

Dienstag: Nachmittags Kinder-Café im Siebdruckraum

Donnerstag: 16.30 Uhr Libertäres Infocafé ★ 18.00 Uhr Infocafé und Archiv ★ 20.00 Uhr Vokü, anschließend Kneipe ★ 20.30 Uhr Oldenburger Rechtshilfe